

Broszit, Frankfurt a. M.: Ich kann nicht die geringen Fortschritte und gelegentlichen Rückschläge in der Partei allein auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückführen. Unserm Parteileben fehlt die innige Anteilnahme der Parteimitglieder. Redner benötigen dann die Mitarbeit führender Genossen an bürgerlichen Plätzen und kritisieren die Haltung der "Neuen Zeit" in der Einigungsfrage.

Drechsler, Halle: Wir müssen unsern Parteapparat viel besser ausgestalten. Unsere Anhänger auf dem Lande müssen Funktionäre haben, die ihnen ständig zur Seite stehen. Die Parteifinanzen müssen wesentlich gestärkt werden. 5 M. Wocheneitrag dürfen nicht nur Nominal, sondern müssen Mindestsätze sein. Man sollte sich nicht scheuen, in den Industrieorten bis zu 5 M. Wocheneitrag zu geben.

Götsche, Breslau: Die Demokratisierung kann nicht von oben kommen, sondern muss auch von unten geschiehen. Eine organische Neugliederung der deutschen Republik ist dringend notwendig.

Sollmann, Nürnberg: Der Alkoholverbrauch hat in Deutschland bedeutend zugenommen, auch bei Jugendlichen und Frauen. Die Alkoholfrage ist auch eine erzieherische Frage. Wenn die Partei genug ein Bekanntes ist, was sie für Alkohol ausgeben, für die Partei geben, ständen wir anders da. (Lebhafte Beifall.) Das wichtigste in unserer Lage ist eine Erhöhung der Produktion an Rohstoffen, Lebensmitteln und Haushaltswaren. Die deutsche Arbeiterklasse muss über auch ein wohlverstandenes Stück Nationalbewusstsein bestehen. Sie sind dem republikanischen Deutschland nicht nur eine, sondern sie sind tragende Partei. Wie müssen die Rahmen der Internationale sein und bleiben die deutsche Sozialdemokratie? (Beifall.)

Dr. Amaud, Hamburg: Wir müssen den Volksmassen sagen, welche gemäßigten Schwierigkeiten mit der Demokratisierung der Verwaltung verbunden sind. Die Demokratisierung der Verwaltung ist nicht allein Angemessenheit und Pflicht einzelner Parteigenossen, sondern der Gesamtheit. Es muss auch alle Energie eingesetzt werden für die Weiterbildung unserer eigenen Leute, die in öffentlichen Stellungen stehen. Wir müssen die Beamten zusätzlich föhren, die treu zur Republik stehen.

Wicker, Hofstädtz: Notwendig ist für die Partei die Schaffung leistungsfähiger Kreisverbände und die Einteilung der Organisationen nach der politischen Einteilung der Bevölkerung und Kreise.

Dr. Westphal: Es muss mehr als bisher eine Agitation gemacht werden, die den Bedürfnissen der Frauen entspricht. Unter den Frauen muss vor allem Aufklärungsarbeit über Ernährungs- und wirtschaftliche Fragen geleistet werden. Die Frauen werden aber dafür stimmen, das ihnen Alkohol verboten werden, als das die Männer Alkohol erhalten. Auch durch eine richtige Wohnung- und Siedlungspolitik werden wir unter den Frauen Anklang finden. Wir müssen die Frauen auch ganz anders als Männer für die Konsumvereine gewinnen.

Genoß Braun sieht sich mit dem Genossen Werner über die Groß-Hamburg-Frage und die Neugliederung des Reichs auseinander. Unter anderem betont er, dass das ganze Problem Groß-Hamburg am leichtesten dadurch zu lösen sei, dass Hamburg preußisch würde. (Gelächter.) Dann wären alle Schwierigkeiten mit einem Mal behoben.

Krau-Nobell, Offenbach: Die Männer und Frauen auf dem Lande sind besonders schwer zu bearbeiten. Das Vermittlungsdeutsch liegt dort oft zu männlichen übrig, und deshalb können wir dort mit allgemeinen Agitationsschritten nichts ausrichten. Aus der Praxis weiß ich, dass Elternabende mit Förderung von Erziehungsproblemen und sehr viel Studien gebracht haben. Das ist nicht möglich an Elternabend, sondern wie gehen da die Wege, die erste Gogner bereits mit Erfolg beschritten haben.

Leutert, Hamburg: Braun hat es leicht gehabt, vor einem Forum, das die Hamburger Verhältnisse nicht kennt, einen Erfolg zu erzielen. Ich möchte aber betonen, dass wir Hamburger ebenfalls Nichtwissen gegen das heutige Preußen haben, aber bevor wir uns Selbstständigkeit aufzuwerfen, müssen wir wissen, dass Preußen wirklich alle Schäden des reaktionären Regimes befehlt hat. Wie sind für eine organische Neugliederung des Reichs und erwartet eine Förderung des Problems durch Annahme unseres Antrages auf Einigung einer Kommission.

Wimmer, München: Der Verteidigungshand hätte viel fruchtiger dem Lebensmittelwunder durch Einleitung besonderer Aktionen entgegnetzt müssen. Auch die Reichsregierung wird energische Schritte unternehmen, um die Preise für Lebensmittel und Fleischartikel auf einem ethologischen Niveau zu halten.

Scholz, Breslau: In dem Streit um die Neugliederung des Reiches sollten wir uns nicht überstürzen. Grundsätzlich, die Geschlossenheit und Einheit des Reiches, nicht vergessen; im Übrigen ist es aber zweckmäßig, die Gliederung der ganzen Materie einer Kommission zu überlassen.

Oechs, Hanau: Die Kritik an der "Neuen Zeit", die auf dem Verteiltag geübt wurde, ist bedenklich, weil ich fürchte, dass viele sind, die das Blatt nicht lesen. Das ist das Bedauerns, denn heute, in einer Zeit mit ganz neuen Verhältnissen, brauchen wir ein wissenschaftliches Organ besonders notwendig. Wenn gesagt wird, wie sollen nicht immer die Schlagzeilen von 1814 gebraucht, so bin ich damit einverstanden. Wir sollen aber nicht alles verlieren, was früher unser geistiges Rüstzeug war.

Leben • Wissen • Kunst Eine Hundertjahrfeier in Leipzig

Leipzig, 18. September. Die Hundertjahrfeier der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte, zu der sich über 7000 Teilnehmer in Leipzig zusammengefunden haben, wurde heute Vormittag in der überfüllten Alberthalle des Kulturbauhofes durch den ersten Geschäftsführer, Geheimrat Prof. Dr. Stumpf, Leipzig, eröffnet. In seiner Begrüßungsansprache führte er aus, dass das deutsche Volk sich trotz der trüben Zeit seine geistigen Güter nicht habe entziehen lassen. Unter hörnemstem Beifall erklärte er, noch nie nicht nur der Dollar, sondern auch die deutsche Wissenschaft hoch im Kurs. Im Reiche des Organischen gebe überall die Fortsetzung des Antriebs zur Neubildung. So werde vielleicht auch die durchdrückte Bevölkerung, die jetzt über einen großen Teil der Erde hinwegreist, ihr Reime zu neuen, besseren Entwicklungsformen enthalten. Es folgten Begrüßungsansprachen der Vertreter der Behörden und der wissenschaftlichen Gesellschaften, die die fachliche Regierung sprach Ministerpräsident Dr. Tautz. Er erinnerte daran, dass der Naturforschertag bereits 1921 den normalen Arbeitstag für notwendig erklärt habe, um allen Wissenschaften die Wissenschaft zugänglich zu machen. Durch Hand-in-Handarbeiten mit den andern Vollstädten werde die Wissenschaft zum Wiederaufbau beitragen. Die Größe des Reichsministers des Innern überbrachte Oberregierungsrat Dr. Taute, der auf die innigen Beziehungen zwischen Naturwissenschaft und Medizin einging. Oberbürgermeister Dr. Rothe, Leipzig, führte aus, wie eng verbunden die Stadt Leipzig mit der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte seit ihrem Bestehen gewesen sei und hoffentlich für alle Zeiten bleiben werde.

Für die schwedische Akademie der Wissenschaft überbrachte Dr. Svante Hedin, Stockholm, von stürmischem Beifall begrüßt, die heiligsten Glückwünsche. Er führte aus, dass es erhabend sei, in Deutschland nach einer Zeit des Krieges und des sogenannten Friedens eine solch riesige Kraft des Geistes zu sehen. Mit Sehnsucht sei zu hoffen, dass deutsche Forschung und Wissenschaft auch in Zukunft immer an der Spitze stehen werden. Wenn in den letzten Jahren die deutschen von internationalen Gesellschaften und Akademien immer noch ausgeschlossen sind, so habe die deutsche Wissenschaft darüber bewiesen, dass sie auch auf eigenen Füßen stecken könnte. Das Ausland werden lernen müssen, dass ohne die Resultate der deutschen Forschung ein Fortschritt in der Wissenschaft nicht möglich ist. Professor Svante Hedin zu Stockholms Akademie überbrachte ebenfalls unter stürmischem Beifall eine Adresse der schwedischen Naturforscherveranstaltung. Nach einer Reihe von weiteren Ansprachen und der Verleihung von Glückwünschen hielt der 1. Vorsitzende der Gesellschaft, Geheimrat Professor Dr.

Dr. Grotjahn, Berlin: Die preußische Verwaltungsreform, die im kommenden Winter die preußische Landesbeschaffung beschäftigen wird, ist nicht lediglich eine Sache Preußens, sondern eine Sache des ganzen Reiches, da dadurch die Gestaltung der Demokratie im ganzen Reich von der Demokratie in Preußen abhängig ist. Wir müssen eine echte Demokratie nach dem Vorbild der Schweiz schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende Weis schließt den Verteiltag um 8 Uhr abends. Weiterberatung Dienstag, vormittags 9 Uhr.

Für Wucherfreiheit und Antisemitismus

Am 14. und 15. September fand in Berlin eine Tagung der Vertreter der Deutschen Nationalen Volkspartei statt. Nach wie vor fordern die Deutschen Nationalen eine Politik, die Deutschland zu einer Katastrophe treiben müsste. Die befürchtete Forderung auf Niederlegung von 100 Millionen Goldmünze, so heißt es in einer Entschließung, auf jede Gefahr hin abgelenkt werden. Die Agrarier und Kapitalisten, deren Interessen die Deutschen Nationalen vertreten, haben ja auch nicht darunter zu leiden, wenn es nicht gelingt, den Reparationskonflikt beizulegen, im Gegenteil, sie machen, wenn wie dann zu erwarten wäre, die Wirtschaft steigt, noch gute Geschäfte. In einer Resolution der Vertretertagung wurde zwar hervorgehoben, dass mit fortschreitender Leistung und auch mit steigender Arbeitslosigkeit gerechnet werden müsse. Von

einer Beschränkung der freien Wirtschaft wollen die Deutschen Nationalen aber nichts wissen, unbeschränkte Wucherfreiheit bleibt das Ideal der Deutschen Nationalen.

Die Versammlung beschäftigte sich mit der Angelegenheit des Abg. Henning, dessen Ausschluss aus der Partei ausdrücklich gebilligt wurde. Es wurde aber hergehoben, dass trotzdem die Partei durchaus deutlich eingesetzt sei. Es hätte auch so niemand daran gezwungen, dass die Deutsche Nationalen Partei noch wie vor so reaktionär und antisemitisch bleibt, wie sie gewesen ist. Die Partei will sich offenbar nur durch Heilsparole in ihren Reihen nicht zu arg compromittieren lassen.

Die Herren von Graeven und Wulle, die sich auch unbotmäßig betrogen haben, erhielten von der Vertretertagung einen Gehörigen Aufschuss. Es wurde ihnen gesagt, dass man von ihnen angesichts der persönlichen Kränkungen von Parteistellen und Parteifreunden eine ausreichende Erklärung verlangt und dass sie auch die Erklärung abgeben müssten, sie würden künftig bei der Vertretung ihrer Wirtschaft die Parteidisziplin beachten. Schließlich wurde noch eine Resolution gegen das Geetz über die Wahlen der Beamten ange nommen. Selbstverständlich würdigen die Herren Deutschen Nationalen, dass nach wie vor ihre Parteigenossen in hohen Amtsstellen ungehindert Sabotage gegen die Republik treiben dürfen.

Lloyd Georges Hilferuf

Unter dem Einfluss der Vorgänge in Kleinasien und auf dem Balkan spürt sich die Lage auch in Europa von Tag zu Tag mehr zu. Semmel-Busch's Forderungen nach Wiederherstellung einer unabhängigen Türkei, vor allem sein Anspruch auf die Meerengen, brachte zwar nach außen hin so etwas wie eine Einheitsfront der Alliierten zur Verteidigung der Dardanellen und der neutralen Zone um Konstantinopel zu stande, innerhalb aber diese "vollkommene Uebereinstimmung" auffällig ist und sich im Einzelfalle in Letzter umsehen wird, sei noch dahingestellt. In Frankreich sieht man beinahe der Orientpolitik Englands recht unfreundlich gegenüber und der englische Ruf nach Egreifung gemeinsamer militärischer Zwangsmassnahmen erwacht bereits eine lebhafte Opposition auch in regierungstreuen Kreisen. Dies kommt besonders in einem Artikel des offiziösen Temps zum Ausdruck, der die von England in diesem Falle entfolgte

Energie der sonst bei der Durchführung der anderen Verträge vom Londoner Kabinett gezeigten Lässigkeit gegenüberstellt. Das scheint darauf hinauszulaufen, dass Frankreich sich für eine schwache Wirkung am Bosporus einen Preis bezahlen lassen will, für den letzten Endes wir Deutschen werden aufkommen müssen. Es wäre übrigens nicht das erste Mal, dass die englischen Sorgen im nahen Osten von Frankreich als Druckmittel gegen England in der Reparationsfrage benutzt würden. Schon die vorjährige Niederlage der Griechen in Kleinasien hat bekanntlich auf den südlichen Umriss Englands in der Frage der Teilung Oberschlesiens eine nicht geringe Rolle gespielt.

Auch Italien bereitet sich offiziös zu verhindern, dass die Uebereinstimmung der Alliierten in der Frage Konstantinopels sich natürlich nicht auf ein gemeinsames militärisches Vorgehen erstreden könne. Es heißt in der englischen Erklärung des italienischen Ministeriums des Außen, es wäre absurd, die Opferung italienischer Truppen für eine Sache zu fordern, deren Ziel ebenso öffentlichen Meinung wie den politischen Direktiven widerspreche.

Lord George scheint diese Absagen vorausgesehen zu haben, denn er hat inzwischen einen ausschenerregenden Schrift von weittragender Bedeutung unterzeichnet: er hat in einer Note an die Regierungen der Dominions diese aufgefordert, Truppen nach den Dardanellen zur Verteidigung, wie es in der Note an Australien heißt, jener heiligen Orte, auf denen sich 20 000 englische und australische Gründer befinden, zu entsenden. Es mindert die Bedeutung der Note nicht, wenn jetzt von London erklärt wird, es sei kein "offizielles Dokument". Zumindest wurde es entworfen von einem Amtsbeamten, und Lord George hat es um die Veröffentlichung gewünscht.

Aber noch wichtiger als dieser sensationelle Schritt des englischen Ministerpräsidenten ist seine sehr verschiedene Au-

fassung bei den Regierungen der einzelnen Dominions. Bissher haben nur die australische und die neuseeländische Regierung ihre militärische Mithilfe zugestellt, wobei zu berücksichtigen ist, dass das Eintrifffen der ersten Kontingente aus diesem entfernten Weltteil kaum vor zwei bis drei Monaten zu erwarten wäre. Sehr früh und geradezu ablehnend ist dagegen die Aufnahme der englischen Einladung in Kanada und Südafrika. Zugleich erheben sich bereits drohend Stimmen aus Indien und Ägypten.

In Frankreich hat die Note gleichfalls Verstimmung hervergerufen. Poincaré hat geantwortet, die französische Regierung werde mit der englischen zusammen auf der Aufrechterhaltung der Neutralität der Meerengen bestehen; sie missbilligt aber den kriegerischen Ton der Note. Die französische Regierung lehnt sie einstimmig ab.

So allem andern kommt noch die Haltung Großbritanniens hinzu. Nach einer Times-Meldung aus Riga soll auf einer außerordentlichen Konferenz des revolutionären Militärrats unter dem Vorsitz Tropfis beschlossen worden sein, unverzüglich alle Streitkräfte der kaukasischen Republiken und die Schwarzseeflotte im Schwarzen Meer Russlands für den Vormarsch auf Konstantinopel zur Verfügung zu stellen. Es mag sein, dass diese Meldung nur ein Mandat darstelle, merkwürdig ist aber, dass ausgerechnet in diesem Augenblick die vom Stellvertreter Tschischkins, Karadjan, gezeichnete Antwort der Sowjetregierung auf eine Note Foulds vom 8. Juli (!) bezüglich der Dardanellen und der Tätigkeit der russischen Flotte im Schwarzen Meer in London eingetroffen ist, und diese Note befiehlt in kaum verhüllter diplomatischer Form, dass die russisch-türkischen Verträge die andern Mächte nichts angehen, auch die künftigen nicht!

Den Telegraph will übrigens wissen, dass das russisch-türkische Abkommen die Sowjetregierung verpflichtet, mit den Kemalisten bei der Wiedergewinnung der Meerengen zusammenzuarbeiten, wofür Russland als Kompensation volle Handlungsfreiheit im Schwarzen Meer erhalten soll.

Man sieht, Englands Lage ist nicht weniger als glänzend, und so ist es nicht verwunderlich, dass in den britischen Presse schon laut die Frage aufgeworfen wird, ob Lord George, dessen Orient-Politik jetzt wie ein Kartonhaus zusammengebrochen sei, nicht besser einem andern Manne den Platz des Ministerpräsidenten einzäumte.

Kemal Pascha senkt ein?

Bondou. Die britische Regierung soll ein Telegramm Kemals erhalten haben, in dem er erklärt, er sehe England nicht als seinen Feind an und durchdringen lädt, dass er bereit sei, über den Frieden zu verhandeln.

Politische Arbeit setzt aus einer Wustlaufführung in einer Kiste von märker Kunst bestehend beim, als das er erneuert und beschaut aus der Operette und Tingeltangelstätten, schlechten Abendunterhaltungen von damals geht. Nicht die stofflichen Unterlagen kommen bei Bach und Schütz in Frage, sondern der hohe Wert ihrer Kunst. Das ist festzuhalten, wenn man die Wustlauführung der Dresden's feierlich richtig einschätzen will.

Wenn nur der Dresden's Volkschor Bach's Chorale singt, so ist das nur als Vorstudium zu späteren Operetten anzusehen. Vielleicht hat der staatliche Chor damit schon die Grundlagen gewonnen zur Maithäuspassion, von der Karl Liebknecht in einem Brief geschrieben hat, dass es nicht Söhner, Väter, Mütter und - in den Vollständigen - nichts Großartigeres in der Musik gibt. Und unser singender Arbeiterschiff muss unter allen Umständen daran gelegen sein, wenn sie künstlerisch ernst genommen werden will, zu wissen, ob denn die neu erstandenen Vollschöre auch ihre Aufgabe, die großen Operetten ihren Freunden vorzustellen, gewachsen sind. Nicht die bürgerliche Seite hat diese Aufgabe, den Arbeiterschiffen gegenüber fortan mehr zu leisten, sondern einzig und allein die neuen Vollschöre. Das ist deren Aufgabenkreis für das singende Proletariat, davon ist nicht zu tadeln, und wer das nicht sieht, dem kann niemand helfen.

Theater

Opernhäuser. In der gestrigen Wiederholung von Verbis hier wunderlich neu aufgemachter Oper Otello auf Artur Fleischers Jago. Man weiß und hört, wie vorzüglich dem Sänger alles Schar-Charakteristische liegt; er ist hier weit mehr als beim Sentimentalen so recht in seinem Element. Da Fleischer nun auch als Darsteller mit sicherem, temperamentvoll gefülltem Griff zeichnet, so stand abermals ein Jago voll blühender Tüde vor uns, das eigentlich überzeugend in seiner Hand wägend und austrompend. — Noch immer findet sich Theaterbedarf ein, bis zum schäbigen Verfragen an diesem Ort noch keinen schäbigen Begriff haben. Solche, die zu spät kommen, belästigen anfallen den Gebrauch des Talchen-Satzes nicht kennen, die vermeilen, dass Theaterbesuch unbedingt mit Auspücken im Nachspiel oder gebüllter Schnüffeleien verbunden ist; solche, und dass find die ältesten Böttcher, die den letzten Ton eines Jago nicht verklären lassen können, ohne ihre dantäufigen Handflächen aneinander zu stoßen. Natürlich svenet der anständige und verhältnislose Opern- und Konzertbesucher Otello — aber er tut dies einige Gedanken später als der unanständige und unverhältnislose nämlich dann, wenn der letzte Ton verflügeln ist. P. B.

Dresdner Kalender

Theater am 20. September. Opernhaus: Ließland (7%). Kollektiv: 16768 bis 16817. — Schauspielhaus: Michael Kramer (7%). Kollektiv: 16818 bis 16852. — Reußbühne Schauspielhaus: Klein Dorrit (7%). — Reußbühne-Theater: Die Mädels von Davos (7%).

„Schönheit ist kein Zufall,

„Sie wird erarbeitet“, so lautet der Wahlspruch Meissner. „Jede Dame aus der guten Gesellschaft wird weit mehr Stolz darauf leisten, sich durch einen feinen, reinen Teint und eine sommerliche Haut auszuzeichnen, als durch kostbare Schmuck und elegante Kleidung.“ Die Haarspange ist heute vornehm, aber auch schwungvoll als je. Kostümabende, Konzerte, Autos, nette Freunde, darin die Haut mit Schönheit und Punkt ausfüllen, um vermengt mit Strassensand und Antiseptikum die Haarspangen zu reinigen und zu verschönern. Wie verständlich mit Solle, Salben, Cirelungen und Wunder die Haut zu reinigen, erzielten aber nicht das Genaue, die weitere Verhöhung der Haarspangen. Die Seite entzog jedem der Haar das nötige Zeit, die kostbare Farbe, aufzutragen und ringeln zurück, aber die Unreinheiten müssen heraus aus den Haaren, damit die Haut atmen kann. Die Natur greift zur Selbsthilfe.

Witesser, Biegel entstehen und, falls Krankheitsschäfte mit dem Strahlenstaub einbrechen, zurückfallen und verschwunden.

Eine wirkliche Haarspange wird also für Oberschichten der Haarspangen einsetzen. Sie kostet nicht gering, kostet aber Verstopfungen der Haare auf, hinterlässt ein leiches Haarrest und kommt dann bei weiterem Reiben oder aus den Haaren hervor, aber legt beides mit all dem Schmuck und Schönheit der Farbe nach. Aber vorher welche Creme erledigt nun dient, leichter wenn man die betreffende Haarspange mit Wasser und Seife deaktiviert hat.

Also, fürt die Haare noch mehr zu verhindern und zu verstoppfen, kostet Wachsalen alles verloren. Sie schützt und erfüllt die Haut in wenigen Minuten, die Haut wird klar und gesundheitlich. Sie fühlt sich frischer danach. Sie fühlen sollte Gesichtsspüle nach jeder Behandlung tragen werden. Sie fühlen wie die Rauten im Säften unter dem Säften des Blutes in der von Unreinheiten befreiten Haut.

Marylan wird von berühmten Schönheitssalons benutzt und gelobt. So schreibt die seelische Stimme vom Anden, nicht nur verdeckt durch ihre Kunst, sondern auch durch ihre außergewöhnliche Schönheit:

„Süber Marylan-Creme kommt ich nur Worte der Anerkennung zählen, sie hat mir ein ausserordentlich Erzeugnis der deutschen Kosmetischen Industrie. Ausland Deutsches.“

Wenn Sie sich an die unten genannte Firma wenden, so erhalten Sie sofort eine ausreichende Probe Marylan nicht einer interessanten Broschüre. Versuchen Sie den Gratisschuhchein! Senden Sie uns eine Druckschrift in einem Kuvert. Auf diesem Rückseite schreiben Sie recht deutlich Ihren Namen und genaue Adresse. Sie erhalten dadurch Marylan. Diese Druckschrift ist mit 50 Pfennig zu frankieren. Eine Postkarte erfordert 10 Pf.

Gratisschuhchein. An den Marylan-Vertrieb, Berlin 708 Friedrichstr. 18, über Schuhbeschaffung. Ein Dose Marylan-Creme und das Buchlein über Schuhbeschaffung.

17/84

Jüdische Jugendgläser **Die zu Gebrauch Roellig**

Das billigste, praktischste, nahrhafteste und delikteste Fleischgericht ist

Ebels beliebter Fleischsalat

Preis 1/4 Pfund nur 30.— Mark.

Berkaufsstelle: **Bernet, Webergasse, und alle Geschäfte mit meinen Verkaufsschildern. Hans Ebels, Fleischsalatfabrik, Alaastraße 35 (Groß- und Kleinverkauf) und Broderiefabrik.**

Stoffe
für Herren, Damen und Kinder.
Wollstoffe, Baumwolle, Filz, H. Scholz
Handelsplatz 9
(Gesamt-Vorführung). 17/84

Die Stadtgemeinde Tharandt beschließt, den Weg, der von dem Optiker Egon an den Flußufern, Nr. 11 und 12 entlang geht und durch die Straße zwischen, einzulegen.

Nach § 14 Absatz 3 des Gesetzes über die Wegepflicht vom 12. Januar 1870 wird dies mit der Ausführung öffentlich befann gemacht, dass die Wässerungsmeister gegen die Bebauung innerhalb dreier Wochen vom Tage der Bekanntmachung an erneut erlaubt, bei der unterzeichneten Bedürfe anzumelden. 1883

Amtsbeamtenkammer Dresden-Mitte am 15. September 1922

Freunde und Bekannte die ihm geliebte Pflicht, unter lieber Vater und Schwiegervater.

August Brecher

am 17. September nach langem, mit großer Geduld ertragtem Leiden verstorben ist.

In tiefer Trauer: Die hinterbliebenen.

Dresden, Grundbergsstr. 11, 10.9.1922.

Die Einzelheiten erinnert Mittwoch den 20. September, nachmittags 1/4 Uhr, im Friedhofskrematorium an Tolkewitz.

17/84

Denkt früh periodisch nach langem Leiden im Alter von 65 Jahren mein lieber Vater, der Zigarrerbeiter.

Bruno Michael.

Dies zeigen ihm herzlichst an.

Dresden-N., Friedensstr. 24, Berlin

und Dohna (S.), den 18. September 1922.

Augusto Michael geb. Lütge

und Kinder.

Die Einzelheiten sind Donnerstag den 21. September, nachmittags 3/4 Uhr, im Krematorium nach.

17/84

Nachruf.

Wollen Freunde und Bekannte die tieftraurige Nachricht, dass meine liebe Frau und treue Tochter Wanda am 20. August 1922 auf einer Tour in den Tropen, ihrem Todestag, tödlich verunfallte. Sie sind ihre letzte Ruhestätte in Blasewang in Tirol.

Zu tieflieb Schmerz:

Max Heyn

Walther Heyn als Sohn.

Wohnungstausch!

Fürthiger Wohnungstausch oder Giecher bei freier Wohnung, freiem Umgang und 8000 Mark Entschädigung sofort aufzufinden.

Sächs. Aluminiumwerk

G. m. b. H., Tharandt.

Jüdt. Erdarbeiter

gesucht. Baustelle Dresden Staatsstraße bei Fabrik Hoechst, Großzschocher. 17/84

G. Menzels Nachf., Dresden-B.

Blumenarbeiterinnen

haben dauernde u. auslöhnende Beschäftigung in besseren und einfachen Säden bei

Frau Anna Schmidt, Lausa

Königstraße 39. 17/84

Blumenarbeiterinnen

haben dauernde u. auslöhnende Beschäftigung in besseren und einfachen Säden bei

Frau Ella Schladitz

Dresden-N., Gehestraße 1, II. 17/84

Erfahrener Werkzeugschlosser

neinam. 11/84

Jul. Fahrt, Meisterschule, Schlosser 1.

Erlaubungen meist

billig, in Jagdschule, Palm, Niederschlema. 17/84

Achtung! Betriebsräte! Achtung!

Neu erschienen:

C.I. Nörpel:

aus der Betriebsrätepraxis

II. Teil.

Sprachsammlung von Bescheiden, Schiedssprüchen und Urteilen.

Preis 50.— M.

Für Organisationsmitglieder 20.— M.

1. Teil ebenfalls vorhanden, Preis 30.— M.

Für organisierte Mitglieder 18.— M.

Zu besiehen durch die

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10

und ihre Filialen.

Deutschungen auf die Dresdner Volkszeitung

auf sämtliche Parteiunterlagen usw.

— (Annahme von Unterlagen) beim —

Rohrholz, Klingel, Langenbach, Kirschstraße 18, I.

Zeitungsladen u. Juwelierladen

für die Dresdner Volkszeitung

— nimmt entgegen —

Rohrholz Lehmann, Pfeiferweg Nr. 2.

Damen-Filzhüte

Neueste Formen * Modernste Farben

Hut **450** Mark

RESIDENZ KAUFHAUS

Wir empfehlen alle

Neuerscheinung:

Mr. Sommer: Der babylonisch-biblische Schöpfungsbericht u. d. Wissenschaft

— Preis: 22.— M.

zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10

und ihre Filialen.

Bestellungen auf die Dresdenner Volkszeitung sowie familiäre Literatur nimmt entgegen

Reisepostbote Ernest Moldo, Meisterschule 8, dort.

Es ist ihr eigener Schaden, wenn Sie den

großen Verkauf

von Herren- und Damen-

Stoffen

den wir infolge Elterntreffens einer neuen Sendung veranstalten, nicht beschränken, um noch vorzeitig einzukaufen. Nur beste Qualitäten, trotzdem äußerst niedrige Preise. 17/84

Neuding & Co., Amalienstr. 5, II.

Achtung! Kein Laden! Nur 2 Treppen!

Noch billiger Sie billig!

Anzüge

Schlüpfer

Winterjuppen

Militärhosen

Leinen, Taft, engl.

Kleider, Mantel, etc.

Wollhosen, Streifen-

hosen.

Gr. Brüder, 41, I.

Kein Laden, 2. Haus vom

Wollpl.

17/84

Händler Vorzugskrei-

ze.

großen Verkauf

von Herren- und Damen-

Röcktaufen Sie billig!

Herren: Anzüge

Damen: Mäntel

Schlüpfer, Sportjackett

Wäsche, Gardinen

billig in großer Auswahl, erst. Zeitschrift.

M. Langer, Grauenstraße 12, I.

Kein Laden, nur 1. Stock.

17/84

In Ihrer Wohnung fehlt die Volkszeitung!

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

17/84

Gewerkschaften und Einigung

Von P. Pawlowitsch, Dresden

Niemals kam die Einigung, noch lieber die Vereinigung des sozialistischen Proletariats nicht herbeizuhören als ein lächerlicher Gewerkschafter. In seiner Stelle wird die politische Heterogenität der Arbeiterschaft unangenehmer und schädigender als in den Gewerkschaften. Und überall waren die Gegner der Arbeiterschaft, die Reaktionäre, der lachende Dritte, der aus der Uneinigkeit der Arbeiter seinen Nutzen zog. Die Uneinigkeit der Arbeiter ist das Denker dieser Schulspiel für die Reaktionäre, sie zur eigenen Ewigkeit zu führen. Das Ergebnis liegt vor. Einig sind die Reaktionäre überall und an jeder Stelle gegenüber der Arbeiterschaft.

Das kann jeder Gewerkschafter bei den Verhandlungen mit der Interessensherrschaft beobachten, wobei ich nicht jeden Unternehmer als ausgesprochenen Reaktionär bezeichnen will. Es gibt nicht gleichgültig sein, wie und von wem das Ministerium des Innern, das Wirtschafts- und das Arbeitsministerium bestellt wird. Und darf nicht gleichgültig sein, wie und von wem die Politik des Freistaates Sachsen gemacht wird.

Wir wären gern in den Wahlkampf gezogen unter der Parole: Die Sozialisten, die Reaktion. Das ist nicht möglich (noch einmal sei es wiederholt) — leider nicht möglich — mit den Kommunisten. Deshalb muß und wird jeder ehrliche Gewerkschafter die Einigung der U.S.P. mit der S.P.D. die in Sachsen anlässlich der Landtagswahlen vorgenommen ist, mit starker Freude und Genugtuung begrüßen. Begrüßen mit dem Wunsche, daß möglichst schnell die Vereinigung folge.

Unrechte Freude — ich glaube behaupten zu können, daß ich im Namen vieler gewerkschaftlich tätiger Genossen spreche — ist leider dadurch gemindert, daß die Einigung nicht völlig, sondern nur teilweise ist. Der bei weitem größte Teil des sozialistischen Proletariats, die U.S.P. und S.P.D., ist sich einig, der kleinste Teil, die K.P.D., macht nicht mit. Das ist unhöflich. Die Kommunisten sind als Mitglieder der Zentralgewerkschaften ausgesprochene Gegner des Arbeiters auf gewerkschaftlichem Gebiet. Sie kämpfen mit einem Elan, der feindseligkeiten sucht, gegen Gewerkschaftler und Christen, gegen Syndikalisten und Unionisten, auch wenn sich die leichten politisch als Kommunisten bezeichnen. Sie predigen in solchen Fällen die notwendige Einheitsfront der Arbeiterschaft. Diese ihre gewerkschaftliche Einheitsfront besteht demnach aus Anhängern der S.P.D., U.S.P. und K.P.D. Auf politischem Gebiet sind aber diese Kommunisten wieder einig mit den Unionisten und Syndikalisten, soweit diese zur K.P.D. gehören, gegenüber den Anhängern der S.P.D. und U.S.P.

Der Sinn oder das Gefühl der Kommunisten für Einigkeit gegen U.S.P. und S.P.D. geht zeitweilig so weit, daß sie im Reichsparlament wie in den Einzelparlamenten in trauriger Gemeinschaft mit den gesamten Bürgerlichen stimmen. Das ist doch ein Zeichen an großer "Weisheit". So ist es denn auch gekommen, daß in Sachsen die "Einheitsfront" von den Deutschnationalen, einschließlich der Orgels- und Rößbachanhänger, Brüder vom Stein und wie sich sonst die verkappten Kapitäne nennen, bis zu den Kommunisten, über die S.P.D. und U.S.P. gelegt hat.

Ich befürchte sehr stark, daß die Zeit bald kommen wird, wo die Kommunisten im stillen Kämmerlein austauschen werden: Wie uns, wie hatten gelegelt? Ich nehme zur Ehre eines großen Teiles der Arbeiter, die mit den Kommunisten sympathisierten an, daß sie die Stellungnahme der Kommunisten im Sächsischen Landtage nicht gutheißen. Sowohl politische Wirkungen daraus entstehen, ist es nicht meine Aufgabe, darüber zu schreiben. Für die gewerkschaftlich tätigen Arbeiter kommt aber in Betracht, daß die Wahlperiode wiederum eine Verschärfung der politischen Wogenläufe auslöst, die ihnen Widerstand in den Gewerkschaften finden. Daß die politischen Gegenseiten den Gewerkschaften erheblichen Schaden zugefügt haben und zufügen, weiß jeder gewerkschaftliche Abteilungsleiter. Nur die Anhänger des Schadens wollen sie nicht sehen. Fast in jeder Gewerkschaft kann man derartige unangenehme Begegnungen beobachten.

Zugegeben sei, daß ein guter Teil der sich Kommunisten nennenden Gewerkschafter mit politischer Beziehung nicht am gleichen Strange zieht. Leider besiegen diese Gewerkschafter nicht immer den Nutzen, ihre Willkür öffentlich und energisch zu verbünden. Sie sind auch nicht konsequent genug, einen politischen Wechsel vorzunehmen, wobei ohne weiteres zugegeben werden muß, daß ein solcher nicht zu den Unannehmlichkeiten gehört.

Wir haben leider — alle politischen Ber- und Abspaltungen mit durchlebt. Alibi und passiv. Keiner oder sehr wenige von uns haben Wiedervereinigungen mit durchlebt. Ein bestreiter Aufschrei der Verfeindung aus den Herzen von Millionen sozialistischer Genossen wird erwidern, wenn die Vereinigung der S.P.D. und U.S.P. Tatsache geworden ist.

Wer war schuld an der Spaltung? Wer ist schuld, daß die Vereinigung nicht schon früher kam? Ich frage doch nicht nach dem, was hinter und liegt. Seien euch, daß die Einigung da ist, daß die Vereinigung vor der Tür steht. Schaut nicht hinein, sondern vor euch! Dort warten auch euch so viele Aufgaben, daß ihr den Blick nur nach vorne zu richten habt, nur: Vorauswärts!

Die Freude der Kommunisten verhindert die Einigung und sucht aus den politischen Papierwerken alte Neuheiten und gegenwärtige Verunglimpfungen heraus. Das ist ein billiges, aber kein schönes Vergnügen. Läßt sie Karl Raubulz hat mit wunderbarem Nachdruck heraußentwickeln. Werde darüber vor einigen Tagen geschrieben. An ein gutes Sprichwort sei hier erinnert:

Die durch Irrtum zur Wahrheit reisen, das sind die Weisen, die im Irrtum verharren, das sind die Narren!

An keiner Stelle ist die Geschlossenheit der Masse eine so unbedingte Voraussetzung des Erfolges, wie in den Gewerkschaften. Das sei nochmals wiederholt. Ich berufe mich hier auf ein Zeugnis,

Die Raubulz-Wirtin

Novelle von R. Blaumann

Überzeugt aus dem Lettischen vom Verfasser

Die wird mit aber denn doch zu unbeschreiblich, denkt der Knabe, während der helle Angst in ihm auffiegt. Jetzt will sie mein Geheimnis wissen... Das soll sie aber nicht... Jetzt neint' ich ihr einen Grund, an dem sie genug haben wird... Und laut sagt er:

„Der wahre Grund ist der, daß das Gesinde, in dem du mich zum Wirt zu machen versprichst, nicht dir, sondern dem kleinen Matths gehört.“

Die Raubulz-Wirtin läßt Rahls Hand los.

Trotzigen Schrittes verläßt dieser die Stube.

Die Raubulz-Wirtin lehnt wieder heim.

Ohne ein Wort zu sagen, überläßt sie dem herbeieilenden Knecht das Pferd und begibt sich in ihre Stube. Geschäft sinkt sie hier auf einen Stuhl nieder. O, diese Schande! Ein Bursche, dem Gott weiter nichts verleiht als ein wenig Röte auf den Wangen und eine halbwegs hübsche Gestalt, verschmäht die reiche Raubulz-Wirtin! Ja, die reiche — denn wenn auch das Gesinde dem Kind gehört, so ist trotzdem ihr Teil noch immer so groß, daß sie sich getrost als die reichste Frau des Gebietes betrachten darf. Das weiß der Bursche recht gut, und dennoch verschmählt er sie. Er streift noch noch ärgerlicher Pelzum — der Dummkopf, wo wird er größer werden, als bei der Raubulz-Wirtin... Hübsch bist du wohl, Bürschchen, aber Gutsbesitzer werden dich doch nicht herzten wollen.“

Die Wirtin läßt ihre Augen durch das Zimmer schweifen. Wo ist das Kind? Bloß die Puppe liegt an der Fenstermauer auf dem Fußboden, der Kleine selbst ist nicht da. Ein sonderbarer Gedanke schleicht der Wirtin plötzlich durch den Kopf: wenn dem kleinen Matths ein Ungluck zugestochen wäre, während sie nicht daheim war?

Sie geht in die andre Stube und sieht in das Bett des Kindes. Mit einem Lache bedeutet sie es da und schläft. Das Schätzchen ist dem Lichte zugekehrt und die Wirtin sieht, wie schlaf und doch dasselbe ist. Aber dieses Mal röhrt dieser Anblick, wie es sonst wohl zu geschehen pflegte, die Wirtin

dass auch den Kommunisten unverdächtig sein könnte. Vor genau 50 Jahren, 1872, schrieb August Bebel:

„Es läßt sich nicht leugnen, daß die organisierte Gewerkschaftsbewegung in Deutschland noch ziemlich im argen liegt. Die Spaltung der Arbeiterschaft in verschiedene Fraktionen, die gegenseitige erbitterte Kampfung trügt dazu nicht am wenigsten bei. Da es schon schlimm, wenn die Arbeiter sich in den gemischten sozialistischen Organisationen gegenüberstehen, dann ist es noch viel schlimmer, wenn wiederum — und dies ist in jüngster Folge unablässlich — die Arbeiter jedes einzelnen Gewerkes, ja jeder einzelnen Fabrik und Werkstatt, in zwei, drei Lager gespalten, sich befinden.“

Treffen diese Worte nicht auch die heutigen Verhältnisse? Daraus aber folgert auch, daß die politische Gestaltung des sächsischen Parlaments die Gewerkschaften auf engste berührt. Und kann nicht gleichgültig sein, wie und von wem das Ministerium des Innern, das Wirtschafts- und das Arbeitsministerium bestellt wird. Und darf nicht gleichgültig sein, wie und von wem die Politik des Freistaates Sachsen gemacht wird.

Wir wären gern in den Wahlkampf gezogen unter der Parole: Die Sozialisten, die Reaktion. Das ist nicht möglich (noch einmal sei es wiederholt) — leider nicht möglich — mit den Kommunisten. Deshalb muß die Wahlparole lauten: Einigte, geschlossene Kugel gegen die S.P.D. und U.S.P. gegen Reaktion und auch gegen die Kommunisten!

Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Sächsische Angelegenheiten

Der Herrgott im Wahlkampf

Da die Reaktion im kommenden Wahlkampf den Wählermassen nichts zu bieten hat, nimmt sie ihre Zuflucht zu den verfehlten Mitteln. Sie ruft den lieben Herrgott zu Hilfe und stellt es so dar, als ob die Religion in Gefahr sei, als ob der „Herrgott abgelaufen“ werden soll. Aus Unlos der bekannten Verordnungen des Kultusministeriums über den Schulunterricht an statlich nicht anerkannten Feiertagen, über die Fernhaltung religiöser Beeinflussung außerhalb der Religionsstunden wird eine wütige Heze gegen das Kultusministerium entfaltet. Sie geht nicht von Arbeitern, sondern von den Kapitalisten und deren Söldlingen aus, die geharnische Proteste gegen die Verordnungen des Kultusministeriums gleich dundernd in die Welt hinausschreien. So haben die evangelischen Vereine und Verbände Sachsen, der Landesverband der christlichen Elternvereine und selbstverständlich auch der gegen jeden katholischen Fortschritt wirkenden sächsischen Erzieher und, langjährige Kundgebungen gegen die „Entchristlichung der Schule“ erlossen; der geschäftsführende Ausschuß der sächsischen Zentrumspartei bemüht sich sogar, die Reichsregierung gegen das sächsische Kultusministerium mobil zu machen. Die ganze Agitation ist tatsächlich nichts andres als ein starkes Stück überalterter Heuchelei. Die Religion wird gar nicht angefasst. Es kann jeder glauben, was er will. Auch in der Schule bleibt der Religionsunterricht. Nur aus den nicht religiösen Fächern soll er verschwinden, und das mit Recht. Da hat er nach dem bestehenden Gesetz nichts zu suchen, und die Lehrkräfte, die beim Deutschen Reich und in anderen Ländern sich über Religion ausspielen, handeln gegen die Gesetze. Und nur um solchen Übergriffen entgegenzu treten, ist die Verordnung erschienen. Die Gefühle der überwiegenden Mehrheit der Erziehungsberichterstättungen sollen dadurch verlegt werden, sofern die Erziehungsindustriellen und ihre Söldlinge. Wenn aber Kinder, die nicht den Religionsunterricht besuchen, in den weltlichen Höchern dauernd Ansichten des Deutschen oder der Lehrerin über die Religion anhören müssen, so ist das wohl keine Verleugnung der Gefühle der Erziehungsberichterstättungen dieser Kinder? Die Agitation gegen die Verordnungen ist dreiste Annahme. Sie muß mit aller Entschiedenheit entgegengesetzt werden.

Mißbrauch der Beamtenstellung

Was wird geschrieben:

In den letzten Tagen ist ein Regierungsrat vom Ministerium auf Urlaub geschickt worden, weil er Regierung und Landtag in großer Weise beschimpft hat. Mit der Ausführung eines Landesgesetzes beauftragt, hat er, wie wir hören, die Amtshauptmannschaft mit folgenden Bemerkungen verlassen: „Die Gesetze sind verrückt oder bewußt Lumpen. Ihr seid verrückt.“ Und eine durch die Staatszeitung verbreitete amtliche Mitteilung des Kultusministeriums bestätigt es mit der Allernotiz: „Ihr.“ Zu solchen inhaltlich und formal elselhaften Ausführungen muß die Staatszeitung ihre Spalten geben.“

Im Volke wird es nicht verstanden werden, daß ein Beamter der Republik, der eine detailliert schwere Pflichtverleugnung begeht, vom Amt nicht entlassen worden ist. Es wird auch nicht ver-

standen werden, daß ein solcher Beamter weiter Anspruch auf seine Dienstbezeichnung und auf Zahlung seines Gehalts hat. Es wird vielleicht wieder, wie in früheren Fällen, gegen die Regierung der Vorwurf erhoben werden, daß die Vergebung eines solchen Beamten zu einer andern Dienststelle vielfach noch einen Vorteil für den bestreitenden biete, daß ein solcher Beamter die Treppe hinaufsteile. Angesichts solcher liebhaberischer Vorformulare erhebt es deshalb notwendig, in der Öffentlichkeit einmal klarzustellen, welche Mittel und Wege der Regierung zur Verfügung stehen, um bei grobem Missbrauch der Beamtenstellung einzutreten, oder richtiger, welche Hindernisse einem energischen Einschreiten entgegen-

stehen. Nach § 9 des immer noch geltenden Gesetzes über die Verhältnisse der Bürgerschaftsdienster vom 7. März 1888 kann ein Staatsbeamter aus administrativen Gründen nur in eine gleichartige Stelle und nur gegen Gewährung seines bisherigen Dienstentgelts und mit Belastung des bisherigen Titels und Ranges der bisherigen Stelle versetzt werden, sofern ihn nicht eine höhere Dienststellung zugeteilt wird. Der Beamte braucht sich also nicht gefasst zu lassen, daß die nach dem bestehenden Dienstverhältnis ihm zukommenden rechtlichen Vorteile an Informen und persönlicher Ehrenstellung im Wege der Vergebung in ein anderes Amt verhindert werden. Denn nach Artikel 129 der Reichsverfassung erfolgt die Anstellung der Beamten auf Lebenszeit, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist. Die vorhervorherigen Rechte der Beamten sind unverändert. Die Beamten können nur unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Normen, unter denen ein Beamter seines Amtes entlassen werden kann, sind für Sachen vornehmlich in dem Gesetz über einige Abänderungen der gesetzlichen Bestimmungen über die Verhältnisse der Bürgerschaftsdienster vom 8. Juni 1878 enthalten. Nach § 37 dieses Gesetzes kann ein Staatsbeamter von seiner Anstellungsbörse nur dann vorläufig vom Amt entlassen werden, wenn 1. in einem gegen ihn eingeleiteten gerichtlichen Verfahren seine Verhaftung verfügt worden ist, 2. die Gründung einer gerechtlichen Untersuchung wegen eines Verbrechens oder wegen eines Vergehends gegen ihn beschlossen ist, wegen dessen auf Verlust der Ehrengatt oder auf Verlust der Rüstigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter anerkannt werden kann, 3. im Disziplinarverfahren eine auf Dienstlassung lautende noch nicht rechtskräftige Entscheidung ergangen ist.

Es leuchtet ein, daß diese Voraussetzungen nur selten verliegen werden. Es bedarf auch kaum der Hervorhebung, daß das Disziplinarverfahren in seiner jetzigen Gestaltung außerordentlich zeitraubend und umständlich ist, so daß oft Monate und Jahre bis zu seinem Abschluß verstreuen. Das langwierige Verfahren aber, das nach § 19 des Bürgerschaftsdienstgesetzes zur Vergebung des Beamten in Wettbegiebel führt, ist nicht immer zweckentsprechend und bietet selbst in ganz zwecklosen Fällen infolge der vielen Formvorschriften beträchtliche Schwierigkeiten, daß mit ihm die Säuberung der Staatsverwaltung von den feindlichen Elementen nicht erreicht werden kann.

Diese unbefriedigenden Zustände sollen durch den von der Regierung beim Landtag eingebrachten Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten und Rechte zum Schutz der Republik bestätigt werden. Denn das Reichsgesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik vom 21. Juli 1922 gilt zunächst für die Reichsbeamten. Durch die von den Kommunisten erzwungene Auflösung des Landtages ist die Regierung gehindert worden, das Reichsgesetz in Sachen durchzuführen, und behindert, bei Missbrauch der Beamtenstellung die durchgreifenden Maßnahmen zu treffen, die geboten sind. Wo mithin vorläufig noch vollständige Beamte ihr Handwerk weiter betreiben können, tragen einzig und allein die Kommunisten die Schuld daran, die als Autarbeiter der Rechtsparteien die Vollvertretung an der Schaffung vollständiger Gesetze hinderten.

Landtagskandidaturen

Wie eine Dresdner Korrespondenz erfahren haben will, werden die demokratischen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl in Sachsen dieselben sein wie 1920, also für Ost Sachsen Dr. Dehn, für West Sachsen Dr. Reinhold und für Mittel Sachsen Dr. Schmitt. Der Listenführer der Deutschnationalen, Abg. Höfmann, kandidiert diesmal ebenfalls wieder. Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei wird Abg. Wirth sein. Die U.S.P. wird am 5. November voraussichtlich nicht mehr bestehen. Die Kommunisten werden in Ost Sachsen voraussichtlich Lehren Schrapel an erster Stelle bringen, ferner den Abg. Krenner. In West Sachsen werden sie Böttiger als Listenführer ausspielen.

Sie schwindeln aus Prinzip

Unter diesen Spitzenkandidaten schreibt die Chemnitzer Volksstimme: Als der Landeshauptmann Genosse Lampert als Ministerialrat in das Ministerium berufen worden war, wurden ihm von rechtsstehenden Blättern ehrenhafte Formulare gemacht. Nur sozialistische Zwecke damit zu verfolgen, soll einen Gesinnungswandel vorge nommen haben. Als konservativer Bürgermeister von Neuruppin sei er zur Sozialdemokratischen Partei übergetreten, durch Bekämpfung seines Verbindungsvertrages die Guehers habe er Betriebswirtschaft ge trieben usw. Diese Anschuldigungen verfolgten den Abg. Genossen

„Wirst es morgen tun können,“ versetzt die Mutter, „schlafe jetzt und heule nicht mehr.“

Der kleine Matths wird still.

Nur später wimmert er im Schlaf dann und wann schmerzhafte auf. Aber das hört die Mutter nicht, sie träumt wieder. Der Versucher zeigt ihr lockende Gutensymbolen.

Vier Wochen sind vergangen. Im Raubulz-Gesinde hat sich in diesen vier Wochen nichts Bemerkenswertes zugetragen, bloß das Verhalten der Wirtin gegen den kleinen Matths ist ein merklich anderes geworden.

Die Mutter ist gegen ihr Kind freudlicher geworden.

Früher geschah es, daß sie ihn dann und wann tadelig schalt oder ihm ein böses Wort sagte, jetzt vernimmt der kleine Matths aus dem Munde der Wirtin nichts dergleichen mehr; früher gestaltete es, daß sie ihm dies verbot und das verbot, jetzt kann der Knabe tun, was er will. Er kann mit dem Heuer spielen wie mit einer Blume; er kann Stundenlang am Brunnen sitzen und kleine Holzpflocke in ihn werfen oder sich auf andre Weise am Wasser ergötzen; er kann mit seinen schwachen Füßchen auf allen Seiten umherschleichen; kann hinter dem Hause in die Sonnengrube, welche einmal schon teilweise einstürzte, kriechen und dort für seine Puppe eine Höhle Wohnung graben — die Raubulz-Wirtin läßt das alles ruhig geschehen.

„Ach, was soll man einem solchen Kind viel verbieten,“ säuselt sie zu soooen, wenn ihr das Gesinde vorwirft, daß sie dem Kind elzufahrer seinen Willen lasse. „Es tut einem ja leid, dem armen Knüppelchen das zu verbieten, was ihm im Leben noch eine bisschen Freude macht. Vom einen Tag zum nächsten noch seinem Willen leben. Wir ist nicht ansonst um ihn, solche Krüppel nimmt der liebe Gott in seine besondere Hüt.“

Und wohlauf, es scheint fast so, als ob Gott den kleinen Matths in seine besondere Hüt genommen hätte. Er bringt ja sofort alles, was ihm sein kindischer Sinn eingibt, und dennoch trifft ihn nicht der schreckliche Unfall. Ja, es ist, daß das Kind gar ein Hindernis, daß sie Rahls selbst im Traum seine Gesundheit habe. Seine Wangen verlieren die fröhliche Blässe, manchmal erscheint auf den beiden sogar ein Hauch von Röte.

(Fortsetzung folgt)

Dr. Dempe gesellschaftlich unzüglich zu machen und die studentische Verbindung "Athen" in Leipzig, der er angehört, hat auch ein Ehrentauschverfahren gegen ihn eingeleitet. Dieser hat die Vorwürfe geprüft und entschieden, daß alle Verdächtigungen hältlos, ja leicht unwahr sind. Allo neue Entschuldigungen her, denn es muß ja weiter gehext und verleumdet werden.

Die Eisenbahn-Generaldirektion Dresden hat auf Verstellungen der sächsischen Regierung die Gültigkeit der Abgeordneten-Karteikarten bis zum 28. September einschließlich bestätigt.

Reichsmittelengesetz und Beamtenabstimmung. Das Reichsfinanzministerium, das Kultusministerium und das Ministerium des Innern geben in einer Verordnung bekannt, daß eine Nachprüfung der Höhe erfolgen soll, die bisher Staatsbeamten und Beamten für Dienstleistungen in Anerkennung gebracht sind, und zwar unter Berücksichtigung der im Reichsmittelengesetz vorgesehenen neuen Höhe. Die Nachprüfung soll so erfolgen, daß die notwendige Erhöhung vom 1. Oktober an wirksam sein wird.

Ein neues Gewerbeaufsichtsamt soll in Pirna errichtet werden und einen Teil der Arbeit des Dresdner Amtes mit übernehmen. Die Angelegenheit konnte noch nicht erledigt werden, weil bisher kein Unterkommen für das Amt in Pirna gefunden werden konnte. Die Verhandlungen über die Errichtung des neuen Amtes sind noch nicht abgeschlossen.

Stadt-Chronik

Der sterbende Heimatdank

Der Verein Heimatdank für die Stadt Dresden hielt am Montag im Neuen Rathause unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Blüher seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Geschäftsbereich, den wir im Auszuge bereits veröffentlicht haben, läßt deutlich ein Überbleiben der freiwilligen Hilfsförderung erkennen. Das kam auch in einigen von ziemlicher Signifikation erfüllten Bemerkungen des Oberbürgermeisters zum Ausdruck, der darauf hinwies, daß heute die Aufgaben und die Bedeutung des Heimatdanks angeföhrt werden, der ihm zur Verfügung stehenden Mittel gegenüber den gewaltigen Summen, die die Fürsorge für die Kriegsveteranen erfordert, stark zusammengekrümpt sind. So erstaunlich es an sich sei, daß von privater Seite dem Heimatdank noch immer Beiträge zugeführt würden, so hieße es doch, sich einer Läufung hinzugeben, wenn man vor der Tatsache die Augen verschließen wollte, daß der Heimatdank abbaut.

Stadtrat Genosse Kirchhoff fügte hinzu, daß die Aufgaben der sozialen Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge so riesenhafte geworden sind, daß die Mittel des Heimatdanks auch bei grüherer Öffnerfreudigkeit nicht entfernt heranreichen. Die Wahrung um einiges reichlichere Ausführung von Mitteln, insbesondere durch Erhöhung der Mitgliederbeiträge, scheine nun ja nicht ganz erfolglos zu sein, immerhin sei zu bedenken, daß das Tätigkeitsgebiet des Vereins durch die Einverleibungen wohl grüher geworden ist, nicht aber auch die Mitgliederzahl. Die Zahl der Personen, die sich sozial betätigen können, werde infolge der zunehmenden Wirtschaftsschwäche immer kleiner, indessen werde auch der Widerstand, der von gewissen Kreisen den Einverleibungen entgegengesetzt wurde, auf das soziale Gebiet ausgedehnt.

Oberbürgermeister Blüher lenkte noch das Augenmerk auf den bevorstehenden schweren Winter, der die Kriegsveteranen besonders hart treffen werde. Zur Linderung der Not sei vom Reich eine Erhöhung der Leistungszuschläge geplant, aber auch der Verein werde seine Mittel in diesem frischenen Winter mehr denn je zur Verfügung stellen müssen, denn es sei nicht seine Aufgabe, seine Mittel für alle Ewigkeit zu restaurieren. Damit gab der Redner zweifellos die Meinung der Versammlung wieder. Das Gesamtvermögen des Vereins stellte sich Ende März 1922 auf 1782 000 M.

Bermehrung der konsumgenossenschaftlichen Betriebsmittel

Die Generalversammlungen der Konsumvereine folgten weiterhin allenfalls der dringenden Notwendigkeit, die Betriebsmittel der Genossenschaften durch Heraufsetzung der Mitglieder-Geschäftsteile und durch schnelle Einzahlung zu vermehren. In der letzten Berichtswoche allein sind an den Zentralverband deutscher Konsumvereine, Hamburg, 31 derartige Mitteilungen gelangt. Danach legten 14 Konsumvereine den Geschäftsbetrag auf zunächst 1000 M. fest. Weitere sieben Vereine beschlossen eine Erhöhung auf 1500 M. Eine Genossenschaft brachte den Anteil auf 1800 M. hinauf. In der Erkenntnis, daß 2000 M. der Geldeintwertung und dem Bedürfnis der Verbraucherorganisation jetzt eingeratenen nahe kommen, sahnen acht Generalversammlungen den Beihilfenzuschlag 2000 M. Mitgliederanteile zu erhöhen. Eine große Konsumgenossenschaft ging auch in dieser Berichtswoche noch darüber hinaus und setzte 2500 M. als Geschäftsbetrag fest.

Röhrig „billiger“

Das Röhrig-Konsortial hat den Preisausschlag vom 26. August auf die Preisliste vom 21. August mit Wirkung vom 4. September an auf 80 Prozent herabgesetzt. Die 1000-Meter-Röhrig-Röhrig-Obergarn kostet nunmehr jezt 242 M. d. h. ungefähr das Tausendfache des Kriegspreises. Die Herabsetzung des Preises ist offensichtlich eine Folge von dem Vorgehen des Wirtschaftsministers Genossen Schmidt, der die Preispolitik des Röhrig-Konsortials untersuchen läßt. Unbeschadet der Preisheraufsetzung wird bei 242 M. für eine Rolle Röhrig immer noch Wunder getrieben, wie er schamloser nicht beruhrt ist. Dieser Preis erscheint erst im nächsten Jahr, wenn man bedenkt, daß in der Kriegszeit für 242 M. drei zufällige Röhrigmaschinen zu erschaffen waren.

Das Büttingungsrecht an fremden Kindern

Der Chemiker Dr. A. ist Eigentümer eines Grundstückes. Im Nachbarhause verübten Schülern auf dem Hofe oftmals Räuber und Unzug, wodurch sich Dr. A. belästigt fühlte. Er hatte den Jungen das Nähern wiederholt verboten, aber ohne Erfolg. Eines Tages trieben wieder eine Anzahl Jungen in der Flur seines Hauses altherang Austria. Dr. A. ging hinaus und erwiderte den Schülern des im Nachbarhause wohnenden Wauersch. A., dem er zwei heftige Schläge ins Gesicht und auf den Hinterkopf versetzte. Der Vater des Jungen hat den Hausschüler wegen Körperverletzung verklagt, der darauf in erster und zweiter Instanz auch verurteilt wurde. Auf die Revision des Angeklagten, der geltend gemacht hatte, es handle sich um ein abgeleitetes Büttingungsrecht, wurde das angefochtene Urteil vom Oberlandesgericht Dresden aufgehoben, weil der Begriff der Räuber erkannt sei. Nach einer Verhandlung hat das Landgericht die vom Schöffengericht ausgeschriebene Strafe abweichen bestätigt. Es stellte fest, daß ein rechtswidriger Angriff auf das Hausschulrecht des Angeklagten vorliegen, den abgewehrten der Angeklagte berechtigt war. Weiter stellte es aber auch fest, daß der Angeklagte gar nicht beabsichtigt hat, den Angriff abzuwehren, sondern daß er den Jungen geschlagen wollte. Der Angeklagte habe ein Büttingungsrecht wohl gehabt, aber die Einwilligung der Eltern des Jungen fehlte. Er habe den Jungen nicht auf den Kopf geschlagen und gewußt, daß die Schläge von schweren Folgen sein könnten. Er sei sich auch bewußt gewesen, daß mit einer beratigen Büttingung die Eltern

nicht einverstanden sein würden. Die erneute Revision des Angeklagten hat das Oberlandesgericht verworfen, mit dem Bescheiden, daß die neuen Feststellungen die Verurteilung nunmehr rechtfertigen.

Erhöhte Postgebühren

Nach den vom Reichspostministerium herausgegebenen Ausführungsbestimmungen der in den letzten Wochen durchgeführten und nunmehr allseitig genehmigten Postgebühren kosten vom 1. Oktober an innerhalb Deutschlands:

Postkarten im Ortsverkehr 1,50 M.
- Fernverkehr 3,00 M.

Kaufkarten, auf denen Größe oder ähnliche Höchst-

fehlstufen mit höchstens fünf Werten niedergeschrieben

sind 1,00 M.

Briefe im Ortsverkehr

bis 20 Gramm 2,- M.

über 20 bis 100 Gramm 4,- M.

über 100 bis 250 Gramm 6,- M.

Briefe im Fernverkehr

bis 20 Gramm 6,- M.

über 20 bis 100 Gramm 8,- M.

über 100 bis 250 Gramm 10,- M.

über 250 bis 500 Gramm 12,- M.

über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 15,- M.

über 1 Kilogramm bis 2 Kilogramm 18,- M.

über 2 Kilogramm bis 5 Kilogramm 20,- M.

über 5 Kilogramm bis 10 Kilogramm 25,- M.

über 10 Kilogramm bis 20 Kilogramm 30,- M.

über 20 Kilogramm bis 50 Kilogramm 35,- M.

über 50 Kilogramm bis 100 Kilogramm 40,- M.

über 100 Kilogramm bis 200 Kilogramm 45,- M.

über 200 Kilogramm bis 500 Kilogramm 50,- M.

über 500 Kilogramm bis 1 Ton 55,- M.

über 1 Ton bis 2 Tonnen 60,- M.

über 2 Tonnen bis 5 Tonnen 65,- M.

über 5 Tonnen bis 10 Tonnen 70,- M.

über 10 Tonnen bis 20 Tonnen 75,- M.

über 20 Tonnen bis 50 Tonnen 80,- M.

über 50 Tonnen bis 100 Tonnen 85,- M.

über 100 Tonnen bis 200 Tonnen 90,- M.

über 200 Tonnen bis 500 Tonnen 95,- M.

über 500 Tonnen bis 1000 Tonnen 100,- M.

über 1000 Tonnen bis 2000 Tonnen 110,- M.

über 2000 Tonnen bis 5000 Tonnen 120,- M.

Sachsende Fernzone

(bis 75 Kilometer) (über 75 Kilometer)

bis 5 Kilogramm 80,- M.

bis 7½ Kilogramm 100,- M.

bis 10 Kilogramm 120,- M.

bis 15 Kilogramm 140,- M.

bis 20 Kilogramm 160,- M.

Wertsendungen (Briefe u. Pakete) je 1000,- M. Wert 8,- M.

(bei einer Sendung mindestens 5,- M.)

Postanweisungen bis 100 M. 6,- M.

bis 500 M. 10,- M.

bis 1000 M. 12,- M.

bis 2000 M. 16,- M.

Sachsende

bis 100 M. 2,- M.

bis 500 M. 5,- M.

bis 1000 M. 6,- M.

bis 2000 M. 8,- M.

bis 5000 M. 10,- M.

bis 20 000 M. 12,- M.

jede weitere 10 000 M. 6,- M.

Einfuhrgebühren für eine

Gütersendung Paket

nach dem Ortsbezirk 6,- M.

nach dem Landkreisbezirk 18,- M.

Gewöhnliche Telegramme für jedes Wort 5,- M.

mindestens 50,- M.

im Ortsverkehr für jedes Wort 6,- M.

mindestens 80,- M.

Die Inlandgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen) sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandgebühren für Briefsendungen gelten ferner noch Augsburg und Österreich (Päckchen nach beiden Ländern nicht zugelassen).

Die Außengebühren befragen vom 1. Oktober an:

Postkarten 12,- M.

Briefe bis 20 Gramm 20,- M.

jede weitere 20 Gramm 10,- M.

Ungarn und Tschecho-Slowakei:

Postkarten 9,- M.

Briefe bis 20 Gramm 18,- M.

jede weitere 20 Gramm 10,- M.

Tierquälerei

Der im Lößnitzgrund wohnende, aus Rumänien kommende Kaufmann der Rumän. Armeen Baronigian hatte nach der Anzeige mehrerer Nachbarn wiederholt Hühner von ihm, die in ein Radkarren gesteckt waren, um dort ihre Eier zu legen. Hühnchen an die Seine gebunden. Er behauptete deshalb, daß die Amtschefschaft Dresden-Niedernau eine Strafverfügung über 150 Mark. Daggenau hat S. Einpruch erhoben. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht bestritt er die ihm zur Last gelegten Tierquälereien. Die Hühner habe ein Landsmann von ihm bei Hühnern an die Seine gebunden, bis sie natürlich nicht wiedersehen sollte. Die A. ließ sich viele Monate lang hinhalten, bis sie schließlich erfuhr, daß ihr Bräutigam nicht mit anderen Frauen abging. Letzlich habe A. irgendwann eine Wirtschafterin A. kennen gelernt und ihr ebenfalls die Heirat verproponiert, die am 30. Dezember 1919 sein sollte. Als aus dieser Braut nach einiger Zeit erfuhr, daß C. verirrt war, gab er ihr kein „Ehrenwort“, daß dies nicht der Fall sei. Das Mädchen verzögerte sich darauf und ließ sich sogar bewegen, für ihren „Gatte“ eine Nachahmung von 900 M. einzulösen. Ungefähr zur selben Zeit war C. auch zu einer Kellnerin B. in Beziehung getreten, die leidenschaftlich sogar ihre Wohnungseinrichtung verkaufte und zu ihm zog, weil er ihr das Heiraten verboten hatte. Sie befand allerdings von ihm einen Trauring an dem Finger gesteckt, nachdem sie ihm einen Teil ihrer Sparnisse probiert hatte, aus der Heirat wurde jedoch nichts. Als sie ihm einmal vorwarf, daß ihr Bräutigam sei verirrt, schwor B. das er ledig sei. Das Landgericht hat den Mann als gewohnheitsmäßigen Heiratsquälerei bestellt. Seine Revision wurde vom Oberlandesgericht verworfen.

Ein gewohnheitsmäßiger Heiratsquälerei

Als verheirateter Mann drei Bräute zu gleicher Zeit leistete sich der Kaufmann Röhmle C. am Jahre 1919 von Blauen nach Birkenberg und hier alsbald mit einer Kellnerin A. ein Verhältnis auf. Er ließ sich von ihr Eier legen. A. hatte sich der Geliebten und deren Eltern gegenüber als ledig ausgeben. Als sie das Mädchen schwanger wurde, vertrug er ihm noch vor der Riederkunst die Heirat. Seitlich in dieser Hinsicht hat er nie getan, wohl aber gab ihm die A. in ihrer Verkehrsleistung zwei größere Geldbeträge, die sie natürlich nicht wiedersehen sollte. Die A. ließ sich viele Monate lang hinhalten, bis sie schließlich erfuhr, daß ihr Bräutigam sei verirrt. Schwor B. das er ledig sei. Das Landgericht hat den Mann als gewohnheitsmäßigen Heiratsquälerei bestellt. Seine Revision wurde vom Oberlandesgericht verworfen.

Eine Kugel für Hausbrandrohren. Zum Robbenamt wird uns geschrieben: Anfolge der am 14. September eingetretene Erhöhung der Arbeits- und Fuhrabgaben hat sich eine Erhöhung der Verkaufspreise für Hausbrandrohren nötig gemacht. Die Preise betragen ab Rohrlager für Steinrohre, je nach der Herkunft und Sorte, für den Zentner 80

Verbandstag der Eisenbahner

Auf Antrag der Geschworenenkommission wurden am Freitag sämtliche Ausschlüsse bestätigt mit dem ausdrücklichen Auftrag, daß nicht ein einzelnes Mitglied wegen Zugerechtigkeit zu einer politischen Partei ausgeschlossen werden darf. Dem Vorstand wird aufgegeben, Anträge auf Neuaufnahmen in Güllen, wo die Ausschlossenheit die Taugewicht ihrer Handlungen nicht überschreiten haben, einzugeben und zu prüfen. Gegen diesen Beschluss stündigt die kommunistische Fraktion Kämpf an; wenn darüber bei Verband in Städte geht, werde es nicht ihre Schuld sein. Wird die Kampfansage verwirklicht, so werden neue Ausschlüsse folgen.

Die Redaktionsfähigkeit des Verbandsblattes wird genehmigt.

Die Veröffentlichung vom Gewerkschaftsvertrag wird wegen Zeitmangel fallen gelassen.

Kohut referiert über Beamtentanziale und Reichsabteilung; er tritt für die einheitliche Zusammenfassung des gesamten Personals der Reichsbahn in einer Organisation ein; der Vorstand soll zunächst Arbeitgemeinschaften und lose Bindungen mit den anderen Organisationen eingehen und mit der Reichsgewerkschaft ein festes gefügtes Verhältnis schaffen. In der Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Deutsche Eisenbahnerverband mit der Gemeinnützigen von Beamten als treue Mitglieder sehr aufstrebend sein könne; die Erfolge würden noch größer sein, wenn nicht der D.E.G.B. die Dreitäuslerrente aufgestellt hätte.

Kohuts Entschließung wurde angenommen unter Abstimmung einer Verschärfung, die den Zusammenschluß mit der Reichsgewerkschaft, die hauptsächlich die Lokomotivführer umfaßt, bis zu Neujahr 1923 durchgeführt wissen will. Die Veröffentlichung der "Einheitsorganisation" wird aber noch auf sich warten lassen, denn Wilms und Schäffler erklärten als Vertreter der Reichsgewerkschaft, daß die Einheitsorganisation fehlende Mitglieder noch die gewerkschaftliche Schulung, auch für gleich hohe Beiträge und für eine Bindung, nur in Gemeinschaft mit dem D.E.G.B. zu handeln, seien sie noch nicht zu haben, wohl aber für feste Fügung der Arbeitsgemeinschaft. In ein paar Jahren könnte man zur Einheitsorganisation gelangen.

Bei der Satzungseratung am Sonnabend wird als Verbandsgebiet die Deutsche Republik und Danzig festgesetzt und das Verlangen nach Demokratierung der Verwaltung bestimmter gestellt. Die Beiträge werden festgesetzt für Vollarbeiter auf 70, weibliche 60, Lehrlinge 50 Prozent eines Stundenlohnes; der Vorstand soll die Staffelung zweijährlich revidieren. Sämtliche Unterstützungen werden erhöht und in ein Prozentverhältnis zu den Beiträgen gesetzt; sie werden mit den Beiträgen automatisch steigen. Es beträgt die Unterstützung für Arbeitslose und Kinder täglich 40 bis 180 Prozent, in Abstufungen bis 50 bis 100 Proz., bei Streiks täglich das doppelte bis dreifachhafte des Wochenbeitrages. Die Ausflugsbestimmungen werden ergänzt; ausgeschlossen kann künftig auch werden, was durch Handlungen eine Schädigung und Beschädigung der Organisation herbeiführt. Das Ausflugsverfahren sieht eine Untersuchungskommission von fünf Mitgliedern vor, von denen zwei der Beauftragte ernannt. Das Streikreglement unterstellt alle Arbeitsaufstellungen der Genehmigung des Vorstandes, sonst gibt keine Unterstützung. Notstandsarbeiten sind unbedingt zu verrichten. Weitere erläutert eine Entschließung die technische Rettihle als eine gewerkschaftsfreundliche Einrichtung; Mitglieder des Deutschen Eisenbahner-Verbandes dürfen ihr nicht angehören. Der Verbandsvorstand soll mit Nachdruck für die Feststellung der technischen Rettihle wirken. Auch die Errichtung eines Bahnhofes seitens der Eisenbahnerverwaltung sei ein Versuch reaktionärer Elemente, die Eisenbahner für ihre Zwecke zu missbrauchen. Voraussetzung für die Anerkennung eines Bahnhofes sei, daß die Betriebsvertretungen des Personals über seine Ausminimierung und Nutzung mildestenreden.

Durch Beschluss wird allen Funktionären zur Pflicht gemacht, sich in den Konsum- und Produktionsgenossenschaften für deren Entwicklung und Erweiterung zu betätigen; Bureau und sonstiger Bedarf soll nur von gemeinschaftlichen Unternehmungen bezogen werden.

In einer sehr scharfen Entschließung verbietet sich der Verbandtag gegen die Blutjusia-Sowjet-Mühlhäuser, der der Abschluß des Proletariats ausgesprochen wird. Die Antragsteller verzichten auf jede Vergleichung, weil überflüssig. Einer sprach für die Kommunisten dagegen, dabei kam es zu großen Lärmzonen.

Von den Delegierten gehörten 125 zur S.P.D., 48 zur U.S.P., 45 zur R.P.D., 4 sind parteilos.

Der Vorstand wurde im wesentlichen in der alten Zusammensetzung wieder gewählt. Vorsitzende: Schäffler.

Gewerkschaftsbewegung

Die Tabakarbeiter gegen die Tabakfeindsperrre

Eine von 48 Vertretern aus 41 Fabrikhallen besuchte Konferenz des Kreis Sachsen des Deutschen Tabakarbeiterverbandes nahm am 18. September im Leipziger Volksbau eine Stellung zu den Tabakfeind-Sperren und die Wichtigkeit der Regierung, den Tabak weiter mit Roll und Steuern zu beladen. Die Maßnahmen der Regierung führen zu einer vollständigen Verabschiedung der Tabakindustrie hat schon seit jeher den unheilvollen Einfluß auf die Sozial- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter gehabt. Die neuen Maßnahmen und die geplante neue Steuerbelastung drohen das Gewerbe gänzlich zugrunde zu richten und die Arbeiter der Arbeitslosigkeit und dem Elend vollständig auszuliefern. Die Meinung der Konferenz wurde nach eingehenden Beratungen in der folgenden einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck gebracht:

Eine am 18. September in Leipzig (Vollzähler) tagende Konferenz des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Kreis Sachsen, hat Stellung genommen zu der von der Reichsregierung verhängten Tabakfeind-Sperre und die Wichtigkeit der Regierung, den Tabak weiter mit Roll und Steuern zu beladen. Die Maßnahmen der Regierung führen zu einer vollständigen Verabsiedlung des Tabakgewerbes und der damit beschäftigten Arbeiter. Die Tabakarbeiterchaft wird dadurch vollständig der Not und dem Elend preisgegeben. Mit starker Entschließung haben die Tabakarbeiter und alle dadurch in Mitleidenschaft gezogenen Industriegruppen von dem rücksichtslosen Vorgehen der Regierung Kenntnis genommen.

Die Delegierten der Gaukonferenz fordern im Auftrage der gesamten Arbeiter der Tabakindustrie die sofortige Aufhebung der Tabakfeind-Sperre. Ferner wird gefordert, daß die Regierung von den bereits in Aussicht genommenen Erhöhungen des Roll- und Steuerzölles Abstand nimmt. Unsere Vertreter werden erneut, den Wohlwollen der Regierung mit allen Mitteln entgegenzuwirken und keine Mittel unversucht zu lassen, die Regierung von ihrem Vorhaben abzuhalten, damit die Tabakarbeiter, die ohnedies schon aus Arbeiten zusammengezogen sind, die nicht mehr in einer andern Industrie Unterkunft finden können, vor weiterer Verelendung geschützt werden.

Sollte, aber (was wir nicht erwarten wollen), die Regierung von ihren Maßnahmen nicht zurücktreten, sondern wie eine ausreichende Unterstützung aller durch diese Maßnahmen betroffenen vollständig arbeitslosen und verfürchteten arbeitenden Tabakarbeiter.

Demonstrationen der Dresdner Metallarbeiter

Wie wir hören, haben gestern anlässlich der Rohunterhandlungen in der Metallindustrie für Ostfischer Demonstrationen der Metallarbeiterchaft einzelner Dresdner Großbetriebe stattgefunden. Den Hauptanlaß zu der Kundgebung hat das Gericht gegeben, daß die

Metallindustriellen es ablehnen, für die zweite Septemberhälfte eine Gehzulage zu bewilligen. Die Kundgebungen sind trotz der schwierigen Lage der Geschäftswelt ohne besondere Zwischenfälle verlaufen.

Eine kommunistische Aktion

Am Sonntag fanden in Berlin, angeblich auf den Ruf der Berliner Betriebsräte, 181 Delegierte von Betriebsräten zusammen, von denen sich 16 als zur U.S.P.D. und fünf als zur S.P.D. gehörig bezeichneten, während 24 „parteilos“ und die übrigen 186 Kommunisten waren. Nach einleitenden Berichten der Berliner Presse, in denen bestont wurde, daß eine Einigung mit den vereinigten sozialdemokratischen Betriebsräten nicht zu erzielen war, wurde befürchtet, daß schon die Mittwochstag der Gewerkschaften ein Betriebsräte Kongress einberufen werden soll, um wirkliche Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not und die Verelendung der breiten Massen zu ergreifen.

Jeder gewerkschaftlich aktive Arbeiter und Angestellte weiß, daß Kundgebungen und Maßnahmen gegen die Teuerung nur dann wirksam sein können, wenn sie nicht über die Gewerkschaften hinweg von der Finanzstrukturzentrale aus eingesetzt werden, sondern durch die Gewerkschaften unternommen werden. Damit ist unsere Stellungnahme zu dieser „Aktion“ von vornherein gegeben.

Der Tarifabschluß im Buchdruckergewerbe

Der Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker hat am Sonntag nach dreitägigen Verhandlungen ein neues Lohnabkommen abgeschlossen, das drei Wochen, also bis 7. Oktober, läuft. In den Spielen beträgt die Gehzulage in der ersten und zweiten Woche 800 M., in der dritten Woche 1200 M. Infolge dieser Lohnsteigerung in Verbindung mit den enorm gestiegenen Preisen der Materialien und Betriebsstoffen erhöhen sich die Durchpreise vom 18. September an um 60 Prozent. Neue Verhandlungen sollen am 5. Oktober in Leipzig geführt werden.

Ein aufreizendes Wortkommiss

Unter dieser Überschrift veröffentlichten wir am 8. September eine Notiz, deren sachlicher Inhalt uns von mehreren arbeitssuchenden Arbeitern, die sich für die Richtigkeit ihrer Darstellung ausdrücklich verbürgten, geschildert worden war. Jetzt gibt uns nun die in unserer Notiz genannte Firma Emil Seidel Dresden-A., Wittenberger Straße 114, eine Fortsetzung des Sachverhalts, die wir, um auch der angegriffenen Seite Gelegenheit zur Vertiefung ihrer Aussaffung zu geben, unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. Herr Seidel schreibt:

„An dem genannten Tage war ich in den Betriebträumen beschäftigt. Während meiner Abwesenheit hat ein junger Mann im Büro wegen Arbeit vorgesprochen. Es waren zur Zeit zwei Kontoristinnen anwesend. Es wurde nun folgendes Gespräch geführt: „Es tut uns leid, wir stellen keine Arbeiter ein, da wir nur Werkzeugmaschinen gebrauchen können.“ Antwort: „Ich habe allerdings zwei Jahre darauf gearbeitet.“ „Wir brauchen nur ganz eingelernte Brute, da wir nur präzise Werkzeuge anstrengen.“ Hiermit war der Ball erledigt; der junge Mann verlangte aber den Chef zu sprechen. Da in meinem Betriebe in sämtlichen Räumen eine Rüssling angebracht ist, war ich sofort zur Stelle und habe ihn gefragt, ob er einen Geh- und Material mitbringe, arbeite könne, denn das sind unfreiwillige Sorgen. Nachdem hat er die Kontorräume in der 1. Etage verlassen. Der zweite junge Mann hat währenddessen vor dem Toreingang gestanden. Als ich im Begriff war, nach dem Arbeitsraum im Parterre zu gehen, kam der andre ohne Gruß an und vorbei, um nach der 1. Etage zu gehen. Ich habe nur nach seinem Namen gefragt, und er sagte mir, er wolle Arbeit haben, er sei 12 Wochen ohne Arbeit. Es wurde folgendes Gespräch geführt: „Es kann nicht möglich sein, daß Sie 12 Wochen keine Arbeit gefunden haben. Was sind Sie eigentlich?“ Antwort: „Maschinendarbeiter.“ Frage: „Was denn für einer, Maschine, Holzbearbeitungs-, Bandwirtschafts- oder Werkzeugmaschinen?“ Antwort: „Ich kann alles.“ Frage: „Wie lange Sie gelebt?“ Antwort: „In Breslau.“ Ich sage: „Da muhlen Sie lieber in Breslau bleiben.“ Antwort: „Ich muh meine Mutter unterstützen.“ „Das kann ich nicht ändern, ich kann Sie nicht beschäftigen, die Sache hat sich erledigt.“ Es ging aber nicht, und ich habe gesagt, er solle nun verschwinden, denn ich meckte, auf was er es abgesehen hatte. Selbstverständlich habe ich ihm gesagt, er solle das Grundstück verlassen. Es ging und drohte mit der Faust, stellte sich mittan auf den Hof, nahm Papier und schrieb sich schändliche Namen von dem Firmenschild ab. Während dessen bin ich nach der 1. Etage gegangen und habe von oben geschaut, wie er schrieb. Dies ist der wahre Sachverhalt, wofür die Zeugen hier sind. Währenddem stand der erste Mann vor dem Tore. Es ist nicht wahr, daß ich die Ausführungen habe; ich bin ihm auch nicht nachgelaufen.“

Wie überlassen es unsern Lesern, zu entscheiden, ob Herrn Seidel der Rechtsfestigungsversuch gelungen ist und wollen nur bemerken, daß unter Gewerkschaftern ihre Darstellung des Falles als zutreffend bezeichnet.

Die Tabakkonferenz der Bergleute Deutschösterreichs in Hinzenburg sprach sich mit allen gegen 2 Stimmen für das Überlebensabkommen in Oberösterreich aus, wie es in Westfalen besteht. An die Durchführung des Abkommens ist das Zustandekommen des Manteltarif mit der im Rückreiter durchgesetzten Regelung geknüpft. Die Gewerkschaften wurden beauftragt, über die Formulierung des Überlebensabkommens zu verhandeln. Das Überlebensabkommen im Umfang des westfälischen würde in Deutschösterreich eine monatliche Mehrförderung von 170 000 Kronen ergeben.

Die Gehälter für das Reichtumsvermögen, die durch Schiedsgericht festgesetzt wurden, sind vom Ende deutscher Architekten nicht bestätigt worden. Die Angelegenheit wurde nunmehr dem Haupttribunal Berlin übertragen.

Zur Besoldungsfrage

Die Spitzenorganisationen der Reichsbeamten und Arbeiter werden in den nächsten Tagen, gezwungen durch die unausdrücklich forschreitende Teuerung, mit neuem Lohnfordern nach an die Regierung herantreten. Bei dieser Gelegenheit dürfte endlich die Entscheidung über den alten Streitpunkt, den gleichen prozentuellen Teuerungszuschlag, fallen. Der jetzige Zustand, für sämtliche Gehälter in ihrem vollen Umfang 437 Prozent und nur für die ersten 10 000 M. ein Extrazuschlag von 55 Prozent zu zahlen, ist unhalbar. Dieser Extrazuschlag, der sogenannte Kopfschlag, bietet keinen angemessenen Ausgleich für die allgemein scharf treffende Teuerung. Man mag über Theorien streiten so viel man will. Tatsache ist und bleibt, daß die Teuerung in den lebenswichtigsten Kreisen, die jeder — und zwar in fast gleicher Menge — braucht und für die jeder, ob hoch oder niedrig, den gleichen Preis zahlen muß, die allgemeine ist und auf allen Schichten des Volkes gleich stark lastet. Die Zulage, die gegeben wird, um diesem Rottstock zu begegnen, muß deshalb in ihrer Wirkung für den einzelnen gleich sein. Nur dadurch, daß dem höher belobten Beamten von der Zulage mehr Steuern abgezogen werden als den anderen Beamten, läßt sich eine gewisse Differenzierung im Umfang dieses Steuermehrbeitrages rechtfertigen.

Ein Urteil und eine bildenlose Ungerechtigkeit gegen die breiten Massen der Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen ist es aber, wenn, wie es jetzt leider geschieht, der Gewährung der Teuerungszulage, also einer Notabnahmemaßnahme, im wesentlichen das Prinzip zugrunde gelegt wird, um ja die Spannung aufrecht zu erhalten. Nicht nur die benachteiligten Beamten laufen dagegen Sturm, sondern die Unmöglichkeit dieses Zuhandes ist auch von dem Reichsgerichtsrat Beller, einer

Autorität auf dem Gebiete des Besoldungswesens, dargelegt und unterstrichen worden. Er hat sich das Verdienst erworben, seinen engeren Standeskollegen, den Beamten der höheren Besoldungsgruppen, in dieser Hinsicht unverblümmt die Wahrheit zu sagen. Und es war eine Tat, als unser Parteivorsitzender Genosse Weiß bei der letzten Besoldungsregelung im 8. Ausschuß des Reichstages dem Unzug der S.P.D.-Fraktion fatale Einhalt gebot.

Jetzt wird es an den Gewerkschaften liegen, wie sie sich bei den bevorstehenden Verhandlungen im Reichsfinanzministerium einstellen werden. Genosse Weiß hat ihnen den Rücken gestärkt, daß sie sich in diesem Punkt nicht mehr dem Diktat des Reichsfinanzministeriums fügen sollen. Hoffentlich handeln sie danach. Dabei bleibt es eine zweckmäßige Frage, ob man den Kopfschlag erhöhen oder an seiner Stelle eine Abstufung des Teuerungszuschlags nach Gehaltsgrenzen und Prozenten durchführen soll. Es ist nicht notwendig, daß bei dieser Regelung das Leistungsprinzip zu kurz kommt. Will man sich Qualitätsarbeiter erhalten, muß man ihnen mehr zahlen als anderen. Falsch aber ist es, diese notwendigen Besoldungsunterschiede in den Teuerungszuschlag zu verlegen. Der Besoldungsziel, in dem diese Dinge berücksichtigt werden müssen, ist und bleibt das Grundgehalt. Hier mag man eine vernünftige Spannung zwischen oben und unten legen. Niemand wird sich dagegen zur Wehr setzen. Allerdings unterläßt man es endlich, beim Vergleich der Spannung zwischen den Werkriegs- und Nachriegsgehältern mit „Nettozahlen“, d. h. Gehältern nach Abzug der Steuern, zu operieren. Tut man dies, so handelt man unbehaglich, denn es kann nicht verlangt werden, daß den höher bezahlten Beamten der Ausfall an Steuern gegenüber der Werkriegszeit erzeigt wird. Die hohen Steuern, veranlaßt durch den verlorenen Krieg, sind für das gesamte Volk einheitlich. Einen Erfolg kann niemand dafür verlangen.

Wenn man Gedanken um die Anzahl der Besoldungsgruppen zu vermehren, so wäre das Verkehrteste, was geschehen könnte. Hat man an den Erfahrungen, die die Herstellung einer Beamtengruppe in zwei oder mehr Gruppen zeitigte, noch nicht genug? Man mag sich den Personalwirkt auf der Postüberwaltung ansehen. Er bietet ein abschreckendes Beispiel. Wenn etwas geschieht, kann es nur eine Verminderung der Zahl der Besoldungsgruppen sein, aber auch dies erscheint im Augenblick aus finanziellen Gründen nicht durchführbar.

So wünschenswert die möglichst rasche Neuregelung des Grundgehalts ist, wird sich dies ohne den Reichstag kaum machen lassen. Deshalb ist damit zu rechnen, daß man die Besoldung der Beamten noch ein paarmal wird behelfsmäßig erhöhen müssen. Dies wird den Beamten im Laufe besonders deshalb unangenehm sein, weil die Spannung zwischen den Bezügen der Beamten in den Großstädten und teuren Landstrichen und denjenigen in den billigeren Provinzen nicht grundlegend reguliert werden kann. Die Dreiklasseneinteilung hat nirgend Auftriebshilfe gebracht. Teilsweise haben sich die Verhältnisse auch schon wieder erheblich verschoben. Nach wie vor behaupten die Beamten, daß sie nicht billiger als in der Großstadt leben und die hohen Unterschiede in den Bezügen ungerecht seien. Das mag zu einem bedeutenden Teil zutreffen, und wo es der Fall ist, muß bei der Neuregelung ein Ausgleich geschaffen werden. Unterseits ist es aber unmöglich, an der Tatsache vorbeizugehen, daß die Löhne der Arbeiter, die sich ebenfalls der zeitlichen und örtlichen Teuerung anpassen, ganz erhebliche Unterschiede aufzuweisen.

Und die gleichen Eindrücke — Die Regierung wird ihre erforderliche Denkschrift bald dem Reichstag vorlegen. In den Kreisen der Arbeitnehmer ist über die Frage selbst noch keine Einigkeit erzielt worden. Inzwischen sind in Österreich, daß eine Art gleitender Skala für die Beamten und Arbeiter hat nämlich jede weitere Kreditaktion für Österreich davon abhängig gemacht, daß die Indezbzahlung für die Beamten bestellt wird, und die österreichische Regierung hat infolgedessen einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem künftig zunächst nur der halbe Indez an die Beamten ausgezahlt werden soll. Wenn die gleitende Skala zur Anwendung kommt, dann ist es besser, man lädt die Finger davon.

Das Besoldungsproblem drängt nach Klärung. Vor wir nicht zu einer Stabilisierung der deutschen Wirtschaft kommen, kann es aber immer nur ein Hindernis der drastischen Not von Fall zu Fall geben, wobei auf kinderreiche Familien, ohne das soziale Moment zu übersehen, ganz besondere Rücksicht genommen werden muß. In erster Linie aber steht die Forderung, deren Erfüllung außer materieller Hilfe auch Gerechtigkeit für die breiten Massen der Beamten bringt, nämlich: die Beseitigung des gleichen prozentualen Teuerungszuschlags! Willi Steinkopf.

Briefkasten

F. E. Hainberg. Im Straßachen sind vor Gericht nur Ansprüche als Eritre und Verleidung zugelassen. Zu 1. kein. Kein. Eine Anfrage muß sich jeder gestalten lassen. Das Gericht entscheidet ja durch die eventuelle Freiabreitung über die Richtigkeit der Anfrage. Wenn wissenschaftliche Anklage vorliegt, kann nach Verlauf des Geschäftsvorlasses der Staatsanwalt eingreifen. (S. W.)

H. H. Bittersee. Die Gemeinde ist leider im Recht. Jetzt ist die Grenze hinausgeschritten. Stellen Sie sofort einen neuen Antrag auf Zahlung der Teuerungszulagen.

E. H. Blumwald. Siehe im Amtsgericht Klage erheben. Das kann militärisch geschehen. Über die Klage wird ein Protokoll angefertigt.

2. In derselben Weise verklagen Sie die Frau auf Erstattung der Prozeßkosten. Sie können hierbei auf Lohnpfändung klagen.

O. E. Heller. Sie müssen sich an die Innung der Buchdruckereibetriebe, Dresden-A., Grüne Straße 2, wenden. Die jewige Zuge des Buchdruckergewerbes ermutigt aber nicht dazu, Schriftsteller zu werden.

Wettervorhersage für den 20. September

Wetterbericht von der Sachsischen Landeswetterwarte.

Nach kalter Nacht erneute Trübung. Regen, wieder milder.

Wetterlage: Das östliche Hochdruckgebiet hat einen gewaltigen Vorstoß nach Mitteleuropa unternommen und dabei selbst Aufstürze mit starker westlicher Abflutung. Im Gebirge Nachtriß herbeigeführt, eine Wetterlage, wie sie auf längsterweile fast regelmäßig gegen den ostdeutschen Heidekanal sich einzustellen pflegt. Beider wird dieselbe von nur ganz vorübergehender Dauer sein, da, wie schon gesagt, von Nordwesten der eine neue Drucksturm heranrollt und über den Britischen Inseln und dem deutschen Küstengebiet bereits Regenfälle herabgerufen hat. Hierach werden wir nach einem kurzen Recht mit erneuter Trübung. Regen

DRESDEN

Restaurants Vergnügen

Bären-Schänke
Webergasse — Zahnsgasse
Dresden grösstes Bier- und Speisehaus

Radeberger Pilsner
wieder auf alter Höhe

Feen-Saal Deutsche Reichskrone Bischofsweg 9
Jeden Sonntag u. Montag: Oeffentlicher Ball

Linckesches Bad Jed. Sonntag Gr. Konzert
Kaufmann-Orchester (26 Musiker). Meissn. Tonmeister Böckeler

Fr. Koehler, Wettinerstraße 25, Telephon: 29384
Konditorei und Café

Bekleidung, Schuhe, Putz

Kaufhaus Julius Caspar billigste Bezugsquelle sämtl. Bedarfssortikel

GOLDMANN am Altmarkt Damen-Konfektion

Kaufhaus des Westens Inh.: Sami Eisenberg, Dresden, Zwickauer Str.

H. A. Herrmann, Ziegelsstraße 6, großes Lager in Arbeitskleidung und Schuhwaren

Vogtl. Gardinenlager L. Ulbricht Bautzner Straße 5, Dresden-N., Ecke Almuntstraße

Herrenrobe Kauf man am billigsten bei Mor Rauch, Gr. Brodberg 21

Fritz Gebelein Kamenz zur Straße 30, Kurs., Weiß- und Feinbäckerei

Dora Jareislawski Weiß- u. Wollwaren, Dresden-A. 19, Borsigstr. 20b

Flämig, Königstraße 74, Einrichtung: Bl. Dauerwäschefabrik

A. Schamal, Kurfürstenstraße 34, Maßschneider, Reparaturen u. Abgelenst.

Franz Bisse Nohl, Bautzen, Tel. 22520, Lederware, Sportartikel, Reparaturen billigst

Ferdinand Groß, Luisenstraße 76, Reichhaltig lag. in Schuhwaren. Reelle Bedienung

Max Göbel & Adam Lederausschnitt, Schuhmacherbedarfssortikel, Dresden-N., Almuntstraße 23

Lederhandlung Dresden - Plauen Chemnitzer Platz 4, Müllerbrunnen

Max Schmidt Schuh-, Leder-Ausschnitt Schuhmacher-Bedarfssortikel

Leder-Hoffmann Dresden, Tittmannstraße 17 Heidenau, Bismarckstraße 31

Louis Keil Nachf., Am See 9 Lederausschnitt, Schuhmacherartikel

Emil Berthold, Schuhhaus, Hechtstr. 4 Billigte Bezugsquelle in Schuhwaren.

Schuhhaus Marschall, Marschallstr. 15 Schuhwaren aller Art erhalten Sie gut und preiswert bei H. Fichtner, Zwickauer Straße 105. Reparaturen gut und preiswert

Schuhwarenhaus J. Knoblauch, Bautzen Str. 18, Große Auswahl, billige Preisreparaturwerkstatt, Masanfer.

Otto Voigt, Leipziger Str. 256 Gr. Schuhwaren- u. Elektrogeräte, Reparaturwerkstätte

M. Gentgen, (Reichskrone) Hüte, Mützen, Schirme, Stöcke, Krawatten

Eduard Wüstner, Dresden-N., Hauptstr. 2 Hüte, Krawatten, Wäsche usw.

Den schönsten u. billigsten Hut bekommt man im Spezial-Hut-Magazin Albertplatz 10, Ecke Königstraße.

Walter Kröber, Kürschnermeister, vorm. A. Seile, Pelzwaren, Hüte u. Mütze, Leipziger Str. 36

Pelzwaren in solid. Kürschnerarbeit, B. Padberg, Louisenstr. 20, Tel. 14200

B. Schubert, Schneiderstr. 17, Reichshof-Lager, I. Dummenboden, Modernisieren

Lebens- Genußmittel, Zigarren

Vinzenz Enzmann, waren Kolonialwaren Nr. 3 Friesengasse Nr. 3

Kolonialwaren NOACK

Bruno Schneider, Bautzner Straße 27 Kolonialwaren- u. Zigarettengeschäft — Stoch. Staats-Lotterie-Einnahme — Lose aller Gelegenheitslotterien

Joseph Juraske, Platz Nr. 24 Liköre und Weine

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan.

Edwin Otto, Wettinerstraße 27 Kolonialwaren

C. A. Grießbach Nachf. Kolonialwaren, Spirituosen, Leipziger Straße 101

Richard Burkhardt, Förstereistr. 46 Kolonialwaren, Weine, Spirituosen

Max Herzog, Spirituosen u. Weine, Kesselsdorfer Str. 26

LEHMANN & LEICHSENRING Hauptgeschäft: Prager Str. 15 Filiale: Prager Str. 59 Schwesterfirma: Wessel & Friedrich, Viktorshaus

FEINKOSTWAREN

Trinkt Liebreich Schumanns Getreide- u. Bohnenkaffee-Mischung Mischung B mit 25 Proz. Bohnenkaffee

Schokoladen-Reichel Fernruf 12681 — Annenstr. 2 — Potenbauerstr. 25

Brotfabrik

Emil Quaas, Grossenhainer Str. 22 Weiß- und Feinbäckerei

Lößnitzstraße 24

Bäckerei u. Konditorei Otto Uhlig Freiberger Platz 6

Zigarrenhaus Paul Beulig Leipzigstraße 40 Ecke Hartigstr. Tel. 30853

Tabake — Zigarren — Zigaretten Spezialität: Tabakspfeife, ingrö. Auswahl Reparaturen werden sachgemäß ausgeführt

Ohne Gewähr. **Dauerfahrrplan** gültig ab 1. Juni 1922.

Musterschutz.

Ankunft der Züge in Dresden (Hauptbahnhof) von

Berlin - Elsterwerda: 11.17, 11.22 (D), 2.59, 4.24 (D), 7.40, 12.20.
Berlin - Röderau: 5.23, 10.21.
Leipzig-Riesa: 8.25, 9.08 (D), 11.38, 11.39 (D), 12.12, 1.15, 7.16, 8.03 (D), 10.33 (D), 12.24, 3.05.
Leipzig-Döbeln: 10.27, 2.06, 4.28, 9.26.
Görlitz: 7.08, 10.28 (D), 11.04 (v. Bischofswerda), 1.35, 2.04 (D), 5.23, 7.33, 8.65 (D), 11.23, 4.32, 7.21, 12.23.
Zittau - Bischofswerda: 1.06, 9.28, 10.25, 11.25.
Chemnitz: 1.40, 4.48, 7.10, 7.23 (D), 11.18, 11.20 (D).
Wien - Prag - Karlsbad - Teplitz - Ausbildung - Teplitz - Bodenbach: 1.52, 10.07 (v. Teplitz-Schönau), 1.48 (D), 1.12, 6.40, 11.07.
Arensburg - Kötzschenbroda: 5.18 (v. Königsl.), 6.25, 6.45 (v. Königsl.), 7.20, 7.30 (v. Schlema), 1.29, 1.41 (v. Königsl.), 1.09, 10.18, 11.09 (v. Königsl.), 12.12, 1.27 (v. Königsl.), 1.28, 2.27, 2.49, 3.19 (v. Königsl.), 1.12, 5.01, 5.33, 5.44, 5.53 (v. Schlema), 6.13, 7.38, 7.62, 9.12, 9.22 (v. Schlema), 10.37, 11.39, 11.54, 12.19 (v. Schlema), 12.30.

Bäckerei mit elektrischem Betrieb

Paul Richter, Großhainer Straße 73

Lebensmittelhaus Willy Horn Körigsbr. Str. 26, Fernspr. 17160, Kolonialw. u. Feinkost

Hedwig Uhlig, Lebensmittel, mittel-alter Art, Ecke Hartigstr. Annenstr. 35

Richard Becker, Leipzig, Str. 193, Zigarren, Zigaretten, Tabake, Pfeife

Allgemeines

Gummiwerk Reinhardt Leupolt Wettinerstraße 26

Jahn & Hampel, Jahnstraße 4 Tel. 16101 Gemüse- und Blumen-Sämereien

Uhren MOLL Goldwaren Annenstraße 10

William Hager jr., Schloßstr. 13 Neuauflistung und Reparaturen in eigner Werkstatt

Uhren Goldwaren Reparaturen Fritz Rossmann Dresden-Pieschen Channatzer Platz

Edwin Mende, Uhren, Goldwaren Kesselsdorfer Straße 32 — Optische Artikel

Ernst Götz, Leipziger Straße 52 Uhren, Gold- u. opt. Waren, Elektr.-Repar.-Werkstätte

Berta Pätschke Photo - Artikel vorbehalt bei Gültig Schokoladen, Kakao Inh.: Otto Sella Pillnitzstr. 11, Schillerstr. 73

Walter Kolbe, Uhrmacher, Leipziger Str. 218 Uhren, Goldwaren — Eigene Reparaturwerkstätte

Hans Beyer Nachf. Uhrenmacher, Optische Anstalt, Pillnitzstr. 20, Ecke Neue Gasse

Hugo Künzel, Wettinerstraße 5 Uhren und Goldwaren

S. Hermann, Gorlitzer Str. 30 Uhren, Gold- u. Silberwaren, Eigene Reparaturwerkstätte

Kießling & Schiefner Wallstraße 8. — Spezialgeschäft für Haus- und Küchengeräte

Kurt Sander, Cotta-häuser Str. 31, Eisenwaren, Haushaltsgut, Haus- u. Kochgeräte

Gesundheits-, Krank- u. Säuglingspflege Knoke & Dreßler, König-Johann-Str.

G. A. Gäbler, Freiberger Platz 22 Seiten — Seifenpulver

Ein- und Verkauf v. Kleider, Wäsche, Möbel, Gold- und Silbergegenstände etc. Zimmerling, Pfeilsche Str. 24 — Tel. 2949

Orthopäd. Stütz-Apparate gegen Rückgratverkrümmungen

BRUCH-BANDAGEN

Artikel zur Gesundheits- und Krankenpflege in den orthopädischen Werkstätten von

Julius Bürger, Dresden-A. Johannestr. 11, Eingang Maximilianring 56

Broderie z. goldenen Adler

Rich. Peters Nachf. Inh.: K. Wagner, Markgrafenstr. 26

Max Horn Inh.: H. Klipping Augsbg. Str. 45. - Tel. 31776

Max Franz vorm. Friedrichs Kräuter gewölbe, Königstraße, Bautzener Straße 18 und am Fürstenplatz

Ernst Ulrich Jr. Frauenstr. 8/10 gegenüber, Drog. Klepperh. Glas, Porzellan, Steinzeug

Drogen, Farben E. Stephan, Flechtenstraße 8 b

Otto Kuhnt Meissn. 42b - Helgolandstr. 9b Saxonia-Droger. z. Oppeln-Vorstadt

Max Helbig Bautzener Str. 69, Drogen, Farben, Haushaltartikel

Germania-Drogerie Hans Heydereich, Dresden-N., Almuntstraße 45

Ottwin Dietrich National-Drogerie, Leipzig-Straße 175

KÖTZSCHEBRODA

Gasthof Heiterer Blick, Nieder-Lößnitz Jeden Sonntag: Feiner Ball.

W. Becker, Herren- und Damenkonfektion. — Klein Laden, große Auswahl, billigste Preise

Clemens Helbig Nachf. Inh.: Karl Wiederhold, Manufaktur-, Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Robert Fichtner, Meissn. Str. 11, Strumpfstrick, Woll- und Baumwollw usw.

Wöhlitzer Kaufhaus R. Schmidt, Manufakt., Weiß-, Woll- und Spiew.

Oswald Hilli, Meissn. Str. 45 Walter Faber, Meissn. Str. 10 c Dam- u. Herr-Schnädelstr. Hütz-Mütz-Schirme, Herrnart.

Carl Hartmann Lederausschnitt Schuhmacherart.

Wilhelm Colditz, Meissn. Straße 48 c. Schuhwaren jeder Art — Eigene Reparaturwerkstätte

Ernst Kupfer, Pelzwaren, Hühne — Mützen — Bahnstr. 18, Fernspr. 2309 Radobul-Lutherstr. 1, Fernspr. 2827

Steckendorf-Seife v. Bergman & Co., Radebeul, beste Zahnmilchseife. Echte, weisse Haut und schönes Teint. Oberall zu haben.

Hermann Lehnert, Bahnholzstraße 12 Fernspr. 639 Kolonialwaren — Delikatessen — Spirituosen — Tabak Zigaretten — Spezialität: Geröstete Kaffee

Molkerei Otto Müller Milch, Käse Butter, Margarine

Café Schönhalz, I. Kötzschenbrodaer — Dampfbäckerei —

Curt Wirthgen, Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, Christstollen

Eduard Franke, Fleischerei m. Motorbetrieb.

Curt Günther Moritzburger Str. 1, Weiß-Brot- und Feinbäckerei

Ernst Wirthgen, Hauptstraße 62, Fleischer, mit Motorbetrieb.

Paul König, Bäckerei und Konditorei, Meissn. Straße 18a

Paul Grellmann, Meissn. Str. 36, Kolonialwaren, Delikatessen, Wein, Spirituosen

Gustav Beger, Brot-, Weiß- und Feinbäckerei — Oberort

Rudolf Höppner, Güterhofstr. 9 — Ruf 92 — Spedition — Möbeltransport — Wohnungsaustausch — Kohlen — Holz

Gebauer & Meyer Kohlen- und Furagehandlung — Fuhr-Fernruf 2268 geschäft Fernruf 2268

Emil Träger, in Firma: Ernst Hänsel Nachf. Spedition — Kohlen- und Kalkhandlung Tel. 36 Güterhofstraße 4 Tel. 36

Bruno Wolf, Melzner Straße 48, Fahrerader, Fahrmasch., Repar.-Werkstätte Glashütte, Niederrade, Inh. Arthur Lütke Porzellan, Steinzeug, Glas, Fenster- und Gartenglas, Glasdiamenten, Glaserkitt, Tonwaren u. Guarnituren Wachstuch, Linoleum, Tapeten

Hermann Schackert, Wachstuch, Linoleum, Tapeten

Richard Winkler, Grenzstraße 19 Spezialgeräte für moderne Augenoptik

Germania - Drogerie, A. Steinbeck Dresden, Seifen, Parfümerie, Farben, Photoartikel

Carl Pittius, Bäcker, Papier, Leder- und Spielwaren — Reicher Lager — Billige Preise

Bahnhotel :: Grosse Saal :: Jeden Sonntag: Oeffentlicher Ball

Spektral - Höhensonne Wilhelms Bad Lößnitzstr. Nr. 10

Linden Höhe Hallesaal II. Speisen und Getränke

Restaurant z. Börse Gute Speisen und Getränke, eig. Fleischerei

Restaurant zum Bad Gute geplätzte Biere und Weine Vereinszimmer — Kegelbahn

Restaurant Eröffnung Oberort Vereinszimmer, gute Speisen und Getränke

Paul Just, Hauptstr. 13, Beschäftigung Schuhm. Inh. Fabrik v. Turn- u. Sportschuhe

Herm. Brodkorb, Vorwerkstraße, Schuhwaren, jed. Art Reparaturwerkstätte

Bruno Wiske Neue Str. 20, Kolonialwaren, Waschart., Zigarren, Zigaretten

Richard Schröder Meissn. Straße Milch, Butter, Eier, Käse